

Korrespondent

für Deutschlands Buchdrucker und Schriftgießer.

49. Jahrg.

Abonnementpreis: Vierteljährlich 65 Pfennig, monatlich 22 Pfennig, auschl. Poststellgebühren. Erscheinungstage des Korr.: Dienstag, Donnerstag und Sonnabend. — Jährlich 150 Nummern.

Leipzig, den 20. Juli 1911.

Anzeigenpreis: Arbeitsmarkt-, Versammlungs-, Vergütungsinferate usw. 15 Pfennig die Zeile; Käufe, Verkäufe und Empfehlungen aller Art 50 Pfennig die Zeile. Rabatt wird nicht gewährt.

Nr. 81.

Zum Berliner Konflikt.

In der Kollegenschaft vollzieht sich die Stellungnahme zur Gauvorsteherkonferenz wie zu den Berliner Vorgängen im allgemeinen so, wie es das Interesse der Organisation gebietet. Wenn auch bis jetzt erst ein verhältnismäßig kleiner Teil der Mitglieder gesprochen hat, so läßt sich doch feststellen, daß der Appell an die Kollegenschaft seine Wirkung nicht verfehlt.

Die Mehrheit der Verbandsmitglieder ist erfahren, besonnen, gewerkschaftlich diszipliniert und vertragsreu genug, um mit Entschiedenheit den destruktiven Elementen entgegenzutreten, deren Treiben tatsächlich unsern Organisationsbau unterhöhlen müßte. Was man jetzt so im kollegialen Verkehr oder durch Zuschriften hört und erfährt, läßt erkennen, daß die Kollegen in der Mehrzahl es als eine Schmach empfinden, daß einige Versammlungen ein so trauriges Beispiel von Verbandsdisziplin geboten haben. Wenn, wie in diversen Schreiben behauptet, diese Gesinnung auch von einer großen Zahl der Berliner Kollegen geteilt und im Besonderen der Haltung des „Korr.“ Anerkennung gewollt wird, so dürfen und können wir wohl die Erwartung aussprechen, daß dies bei jeder Gelegenheit und nicht zuletzt in den Versammlungen bekundet wird. So und nicht anders kann in Zukunft verhindert werden, daß die Schreier die Oberhand haben.

In unsern Versammlungen soll jede Ansicht zur Geltung kommen, niemand soll in der Freiheit der Meinungsäußerung behindert werden. Wie es aber bis jetzt und gerade anlässlich des Berliner Konflikts war, daß der Radikalismus mit einem förmlichen Terrorismus arbeitete, die gegenteilige, in diesem Falle sogar im Interesse des Verbandes gelegene Meinung niederschrien und Beschlüsse, die wichtige Artschläge gegen die Organisationswurzeln richten, unter dem dröhnenden Beifall der Menge zur Annahme gelangten, dieses die Mitgliedschaftsmehrheiten an den betreffenden Orten beschämende Trauerspiel muß aufhören. Es muß ein Ende haben, daß Leute, bei denen die Worte im Klassen Widerstand zu den Taten stehen, daß junge Mitglieder oder solche, die erst in ziemlich vorgeschrittenem Alter zu der Erkenntnis gelangten, daß ein Arbeiter, der seiner Gewerkschaft nicht angehört, nichts weiter als ein Untermehrmamelude ist, in den Versammlungen das große Wort führen und mit einer gewerkschaftlichen Erleuchtung sich breit machen, die einfach zum Stiefelausziehen ist, oder die sonstwie den Ton zur Musik angeben. Was die Kollegen auf dem Herzen haben, soll heraus, und gern wird ihren sachlichen Beschwerden und ihren berechtigten Wünschen entsprochen werden. Aber dazu bedarf es nicht jener Mitglieder als Fürsprecher, deren Mund sich nur zu unfruchtbarer Kritik oder in höherer Potenz zu Gehässigkeiten gegen die Verbands- und Tariffunktionäre öffnet.

Es muß auch ein Ende nehmen mit der Nachsicht manches Versammlungsleiters diesen „Volkstribunen“ gegenüber. So rückwärtslos sie sind, so annahmend sind sie noch in dem Verlangen nach mehr Rücksichtnahme auf sie. Wir behaupten nicht zu viel, wenn wir sagen, daß in den meisten Fällen und in vielen Mitgliedschaften diese Herrschaften

eine Behandlung genießen, die sie fast als höher organisierte Verbandslebewesen erscheinen läßt. Das Kapitel von den gleichen Rechten müßte an ihnen nach den strengsten demokratischen Grundsätzen veranschaulicht werden. Nun, die Kollegen werden ja im allgemeinen nun wohl besser dafür sorgen, daß die Bäume der auch so autokratisch gerichteten Radikalen in Zukunft nicht in den Himmel wachsen.

Für die Verhältnisse an manchen Orten sind aber nicht einmal die Kollegen verantwortlich zu machen, die das Heil der Organisation in einer kräftigen Drüber- und Drunterpolitik sehen, sondern die Vorstände bzw. Vorsitzenden selbst. In dieser und jener Mitgliedschaft oder vielleicht in gar nicht so wenigen wird die Objektivität so weit getrieben, daß von einer leitenden und führenden Rolle der Vorsitzenden in den Versammlungen so gut wie nichts mehr zu merken ist. Das nützen dann die allezeit in Opposition machenden Mitglieder weiblich aus, bisweilen sogar so, daß sie die eigentlich Dirigierenden sind. Objektiv sein, heißt doch aber nicht, die Dinge gehen lassen, wie sie nun eben gehen wollen. Das hat sich noch immer gerächt, indem sich mit der Zeit dann Zustände herausgebildet haben, die keineswegs im Interesse des Verbandes liegen. Mitunter zeigen die Vorsitzenden jedoch große Initiative, dann leider aber nicht selten nach der falschen Richtung. So hat in Nordhausen (siehe Versammlungsbericht in Nr. 79) es der Vorsitzende für notwendig und der Organisation dienlich befunden, selbst eine Resolution über den Berliner Fall einzubringen, die ein Non plus ultra der Konfusion und schiefer Auffassung ist. Nordhausen ist eine Mitgliedschaft, die erst in den letzten Jahren solche Fortschritte gemacht hat, daß sie sich neben den Druckorten gleicher Größe sehen lassen kann. Da ist es ja nun allerdings sehr notwendig, daß der Radikalismus dort seine Zelte aufschlägt, und es ist dies kein Wunder, wenn der Vorsitzende selbst „mit gutem Beispiele“ vorangeht. Wenn dann aber noch der Vorsitzende den Bericht über die Versammlung in Sachen Berlin selbst schreibt, von zufriedenstellendem Besuche spricht, obwohl von 57 nur 30 Mitglieder anwesend waren, und es dann trocken heißt, die Resolution gegen die Verbandsleitung und das Tarifamt wurde gegen vier Stimmen angenommen, wenngleich das Abstimmungsverhältnis ein ganz schlechtes war, nämlich 14 für und 4 gegen die Resolution des Vorsitzenden und leider auch noch 12 Stimmenthaltungen zu verzeichnen waren, so ist das von dem berichterstattenden Vorsitzenden ein extra starkes Stück. Es ist schlimm um den Radikalismus bestellt, wenn er der Wahrheitsliebe so aus dem Wege geht; noch schlimmer, daß ein Vorsitzender zu solchen Mitteln greift.

Zu Nordhausen und den andern fünf Mitgliedschaften Berlin, Leipzig, Hamburg, Oberfeld und Solingen sind weitere Stellungnahmen gegen den Tarifamtsentscheid und die Vorstandsmaßnahmen erfolgt von Frankfurt a. M., Stuttgart. Dagegen können wir bei Schluß dieser Nummer außer den schon aufgeführten 15 Rundgebungen für den von der Gauvorsteherkonferenz eingenommenen Standpunkt noch solche der folgenden Mitgliedschaften nennen: Rölln, Nachen, Duisburg, Lugzburg, Würzburg, Freiburg i. Br., Thale a. S., Kiel, Glückstadt, Waldenburg i. Schl., Osterwieck, M. Labbad, Schwelm,

Zeitz, Halle a. S., Magdeburg, Posen, Annaberg-Buchholz, Oldenburg i. Gr., Begeßad, Altenburg und Naumburg. Zum Teil erfolgte die Stellungnahme für die Resolution der Gauvorsteherkonferenz einstimmig, in andern Orten nach lebhafter Debatte gegen mehr oder weniger beträchtliche Minderheiten. Das Vorgehen der Berliner Rotationsdrucker wie die damit zusammenhängenden Vorgänge in Berlin wurden indes allgemein verurteilt. Wir bitten, uns per Karte sofort das Notwendigste über den Ausgang dieser Versammlungen mitzuteilen, der Bericht kann ja doch nicht so schnell geliefert werden.

In Dortmund hat man einen ganz eigenartigen Weg eingeschlagen. Ein Antrag, sich der Resolution der Berliner Mitgliedschaft anzuschließen, fand nur vier Stimmen, dagegen wurde die Resolution der Gauvorsteherkonferenz unter Streichung von zwei Absätzen fast einstimmig angenommen! Die Stuttgarter Versammlung war von etwa 500 Kollegen besucht, was zu der im „Vorwärts“ aufgestellten Behauptung eines starken Besuchs in einem jedenfalls nicht zu kleinen Widerspruch steht, denn in Stuttgart waren Ende 1910 schon 1810 Mitglieder vorhanden. Die Beteiligung an der Abstimmung war äußerst schwach: mit 155 Stimmen gegen 63 wurde eine Resolution angenommen, die die Tarifbrücke in Berlin verurteilt, im zweiten Teil aber mit der Forderung der Tarif- und der Verbandsinstanzen betreffs der Disqualifizierung der Vertrauensmänner nicht einverstanden ist. Die Zahl der Stimmenthaltungen war also ganz bedauerlich groß. Frankfurt a. M. hatte ebenfalls eine nur schwach besuchte Versammlung, nämlich gut 300 von 1600 Mitgliedern. Angenommen wurde mit geringer Mehrheit eine die tariflichen Verstöße in Berlin, aber auch den Tarifamtsentscheid, die Haltung der Gehilfenvertreter im Tarifamt sowie die des Verbandsvorstandes tadelnde Resolution. Höchst sonderbar berührt der Passus, wonach ein zu inniger Konnex des Verbandsvorstandes mit den Vertretern der Prinzipale der Gehilfenbewegung nicht dienlich erscheint. Was mag sich der Antragsteller dabei wohl gedacht haben, und wie kann er seine Behauptung beweiskräftig machen? Die Verbands- und die Tariffunktionäre haben mit den Vertretern der Prinzipale nur amtlichen Verkehr, erfüllen damit also nur die Verpflichtungen, die die von ihnen bekleideten Posten ihnen auferlegen. Es geht unsern Vertretern da nicht anders wie den Prinzipalsfunktionären. Hat man aber schon einmal von dieser Seite einen solchen absurden Vorwurf gehört? Ist es die Angst, das Klassenbewußtsein könnte bei diesem Verkehr flühen gehen? Müßte diese Befürchtung dann nicht auch auf Prinzipalsseite bestehen? Sind nicht alle Gewerkschaftsführer der Gefahr eines „zu innigen“ Konnexes mit den Unternahmervertretern ausgesetzt? „Innig“ dürfte dieser gefährliche Konnex wohl noch sein, beileibe aber nicht zu innig! Hat man denn gar kein Gefühl dafür, wie lächerlich solche Ausführungen sind, und gar erst, wenn sie in einer Resolution Aufnahme finden? Daß der „Korr.“ in Frankfurt a. M. wie in Stuttgart auch nicht gut fortkam, versteht sich bei derartigen Stellungnahmen am Rande.

In der vorigen Nummer ließen wir die Gewerkschaftspressen mit ihrer Beurteilung des Ber-

liner Konflikts Revue passieren. Heute können wir vom „Korrespondenzblatt“ der Generalkommission eine weitere beachtliche Aufklärung darüber nachtragen. In seiner neuesten Nummer polemisiert es nämlich gegen den „Vorwärts“, indem es u. a. schreibt:

„Diese Stellung des Vertrauensmanns ist sicherlich eine sehr schwierige und verantwortliche. Nur zu häufig wird er hier, wie in anderen Gewerben auch, der Preßbock zwischen seinen Auftraggebern und den Unternehmern sein. Das macht die Übernahme eines solchen Amtes gewiß nicht begehrenswert, und wir sind durchaus der Auffassung, daß der Vertrauensmann den weitgehendsten tariflichen Schutz genießen soll. Aber dieser Schutz hört auf, sobald der Vertrauensmann selbst tarifbrüchig wird. Wer über die Innehaltung tariflicher Bestimmungen wachen soll, disqualifiziert sich selbst durch den eigenen Tarifbruch.“

Unsre Gewerkschaften fordern von den Unternehmern Vertragstreue; sie sind zu dieser Forderung besonders berechtigt, weil sie selbst vertragsstreu sind. Es hieße den Unternehmern einen Freibrief auf Vertragsbruch ausstellen, wollten die Gewerkschaften ihre schützende Hand über Tarifbrecher in eignen Lager halten. Sind solche Vertragsbrecher gar noch Vertrauensleute der Arbeiter, so verschärft das nur die gewerkschaftliche Bewertung ihrer Handlung. Vielleicht versteht der „Vorwärts“ jetzt, weshalb wir uns nicht gegen das Tarifamt im vorliegenden Falle wenden konnten, das nicht mit der ganzen Strenge des geschriebenen Vertragsrechts vorgehen wollte, sondern für die beiden Vertrauensleute und ihre Kollegen einen milderen Ausweg suchte. Selbst bei bürgerlichen Gerichten pflegt die Arbeiterpresse es zu begrüßen, wenn sie nicht streng nach dem Buchstaben urteilen, sondern das Recht im milderen Sinn interpretieren. Wir heften nicht ein, weshalb man gegenüber einem zur Hälfte aus Arbeiterbeständen bestehenden Vertragsgericht anders verfahren sollte.

Der „Vorwärts“ antwortete darauf sowie auf die übrigen Vorhaltungen, indem er sich immer fester verrennt in falsche Schlussfolgerungen, gewagte Behauptungen sowie in Zwangsvorstellungen, die manchmal den Charakter von Halluzinationen annehmen. Logik und Überzeugungskraft sind aber auf Seiten des „Korrespondenzblatt“.

Der „Vorw.“ glaubte nach einer Pause auch dem „Korr.“ wieder ein paar liebe Worte sagen zu müssen. Sie sind recht schwächlich ausgefallen. Vor allen Dingen nicht eine einzige Silbe über die von uns in Nr. 79 aus dem „Vorw.“ zitierte Alarmierung der gesamten Arbeiterschaft und die Scharfmacherei zum Herbst. Dagegen versucht er sich reinzuwaschen wegen der von ihm gebrauchten Nebenarten von der schönen Kollegialität und dem menschlich begreiflichen Vorgehen der Scherlschen Rotationsdrucker, indem er den betreffenden Passus ganz zum Abdruck bringt. Als ob wir nicht gleich zu Anfang mitgeteilt hätten, daß der „Vorw.“ das Vorgehen der Drucker bei Scherl verurteilte! Wir haben aber den „Vorw.“ darauf festgenommen, daß er neben diesem Tadel weit mehr Anerkennung für die falsch angebrachte Solidarität gehabt hat, daß er alles menschlich begreiflich und von schöner Kollegialität diktiert fand und dadurch den gegen die tarifliche Ordnung, die selbst gegebenen Gesetze sowie gegen einen Generalversammlungsbeschluß sich auflehrenden Rotationsdruckern sowie ihrem Ungehorsam nicht zu knapp den Rücken steifte. Diese Zweifelseletheorie des „Vorw.“ hat die Situation in Berlin eben ganz bedeutend verschärft. Das werfen wir ihm vor. Wenn der „Vorw.“, dessen Konkurrenzkampf mit den Scherl-, Uffstein- und den Mosse-Blättern uns als Gewerkschaftler gar nichts angeht, mit der Firma Scherl alte Rechnungen zu begleichen hat, so soll er nicht Differenzen der Buchdrucker dazu zum Anlaß nehmen, bei denen das moralische Recht obendrein nicht auf Seiten der beteiligten Gehilfen ist. Der „Vorw.“ sollte doch die Überlegung besitzen, daß in jedem Unternehmen einmal Konflikte zwischen der Firma und dem Personal ausbrechen können. Differenzen, die auch in sozialdemokratischen Betrieben vorkommen und auch hier nicht immer ordnungsmäßig ausgeglichen werden. Als Maßlo und Muffal vor drei Jahren plötzlich aus der Druckerei des „Vorw.“ entlassen wurden, weil sie ja auch nur ihre resp. die Interessen der Gehilfen wahr genommen haben, da brannte es bei unsern Kollegen. Und wenn damals nun alle Räder still gestanden hätten im

„Vorw.“, würde derselbe dieses Vorgehen dann auch menschlich begreiflich und von schöner Kollegialität diktiert bezeichnet haben? Darauf kommt es doch an, weil im Falle Scherl das Einziehen unserer Kollegen so brav besorgt worden ist. Wenn nun, wie ebenfalls bei Scherl, der Betrieb des „Vorw.“ gar mehrere Male zum Stillstande gebracht worden wäre, hätte das Zentralorgan da wirklich so geschrieben, wie es jetzt die Solidarität über einige Bedenken hinaus kräftig gefeiert hat? Man rede doch nicht immer drumrum! Nach der in Essen gemachten Wahrnehmung würden da jedenfalls die Tarif- und Verbandsinstanzen zu energischem Einschreiten aufgefordert sein, und man hätte ganz andre Dinge zu hören bekommen über die tarifbrüchigen Buchdrucker, als es so der Fall war. Auch der Sonneberger Fall ist ein Beweis mehr, daß Konflikte à la Scherl in Parteebetrieben keine Einzelercheinung sind, und daß, wenn das Maß der Schuld genau abgewogen wird, es noch keineswegs heraus ist, ob die Firma Scherl oder die in Betracht kommenden Parteegehaltungsleitungen derartige disziplinwidrige Ausbrüche mehr verschulden.

Die „Freie Presse“ in Elberfeld verlegt sich, nachdem sie in der rüpelhaften Weise (siehe Nr. 79) gegen alles gehegt hat, was die Verbände, die Tarifinstanzen sowie die Gauvorsteherkonferenz in der traurigen Berliner Konfliktsangelegenheit getan, auf Schwindeln. Mit unvergleichlicher Kühnheit stellt sie nämlich die Behauptung auf und beruft sich dabei auf unsere Briefkasten, daß über die Berliner Versammlung vom 21. Juni bis zum 15. Juli noch kein Bericht erschienen sei, obgleich... „ein solcher wiederholt eingefandt“. Und das „zu konstatieren“ hat dieses Blatt die Stirn, obwohl es gegen unsere Nummer vom 15. Juli polemisiert, worin in dem Artikel „Zum Berliner Versammlungsbericht“ der genaue Sachverhalt mit dem Berichte vom 21. Juni wie mit den anderen Berichten über Berliner Gauversammlungen ausführlich dargelegt worden ist! Wenn trotz dieser klipp und klaren Darstellung unerseits die „Freie Presse“ nicht weiß, und sich vielleicht auf die Briefkastennote in Nr. 74 beruft, so zitiert sie verschiedene Einfendern: Ihre Artikel über den Berliner Fall stellen wir aus den bekannten Gründen zurück. Zunächst hat die Gauvorsteherkonferenz zu sprechen, so ist sie mit der von ihr beliebten Interpretierung gründlich hineingefallen. Diese Briefkastennote hat nämlich mit jenem Berliner Versammlungsberichte nicht das geringste zu tun. Sie betraf einige aus Berlin und einen aus einem andren Ort eingefandten Artikel, von denen die aus Berlin stammenden sich gerade gegen die Berliner Vorkommnisse wandten! Sie sind aber allen nicht ausgenommen worden, wie schon verschiedentlich von uns bemerkt worden, weil erst durch die Gauvorsteherkonferenz weitergehende Aufklärung verbreitet werden sollte. Für das Beharren der „Freien Presse“ in Elberfeld findet man keine Worte mehr, zumal sie sich auch noch in der Pose blütenweißer Unschuld versucht. Nun fehlt nur noch, daß die „Berghische Arbeiterstimme“, die den Beschluß der Gauvorsteherkonferenz als „die Sprache einer gelben Streikbrecherorganisation, die sich als Schutzgruppe des Unternehmertums fühlt“, bezeichnet, daher kommt und sich ein Wohlverhaltenszeugnis ausstellt.

Die Berliner Affäre hat einen gefährlichen Abgrund aufgetan; nun aber sind viele Mitglieder sehend geworden, und die Liebe zur Organisation drängt sie, an ihrem Teil alles zu tun, den Verband vor Schaden zu bewahren. So traurig und beschämend der Berliner Konflikt auch ist, diese Aufklärung des Mitgliederorgans hat wenigstens auch Nutzen für den Verband.

Wir wollen jedoch hoffen, daß die weiteren Versammlungen sich nicht von so unnötigen Bedenken und überflüssigen Beschränkungen leiten lassen wie einige der zuletzt stattgehabten, sondern daß eine zweifelsfreie Stellungnahme erfolgt, wie es das Verbandsinteresse erfordert. Und dieses heißt dringend, daß man nicht mit Phrasen um sich wirft, sondern als ehrlicher Gewerkschaftler sich auf den Standpunkt des Rechts und der Organisation stellt.

In manchen Orten scheint man förmlich einen Sport damit zu treiben, im Berliner Konfliktsfalle recht unbelehrbar zu sein, nachdem von anderer Seite dabei ein Popanz herausgesteckt worden ist, der das Ganze zu schreden schlaun berechnet war. Es wäre aber schlimm bestellt um die eigne Meinung, wenn dieser Hypnose nicht zu widerstehen sein sollte.

Auf den Ernst der Zeit ist im „Korr.“ eindringlich aufmerksam gemacht worden, könnten wir noch mehr schreiben, würden manchem die Augen weiter aufgehen. In 37 Mitgliedschaften haben die Kollegen bis jetzt gezeigt, daß sie wissen, was sie dem Ganzen und der Verbandsleitung schuldig sind, die mit den Tarifinstanzen alles daran setzt, die Interessen der Kollegenschaft mit aller Kraft zu fördern. Die Versammlungsmehrheiten von acht Orten haben indessen dasjenige Verständnis vermissen lassen, was bei den 3^{er} vorhanden ist. Womit unserer Sache am meisten gedient ist, ob mit den Maßnahmen der Verbandsleitung und dem Standpunkte der Gauvorsteherkonferenz, oder dem, was der Radikalismus, das Querulantenrum, die Unselbständigkeit im Denken und die Unerfahrenheit für die Organisation in die Waagschale zu werfen haben, darüber sollte denn doch wohl niemand im Zweifel sein. Hier das Verrennen in Saegassen und eine Fiaskopolitik; dort, bei unsern Führern, der verbriefte, von allen Seiten anerkannte Erfolg, der mächtige Aufschwung der Organisation — sollte da die Entscheidung wirklich so schwer fallen?

Wie sollen wir den „Korr.“ lesen?

Mit diesen Zeilen trete ich einer Sache näher, die stets von Interesse ist und aus diesem Grunde nie aus dem Auge gelassen werden sollte. Es steht die Erörterung der angeregten Frage auch in so engen Zusammenhänge mit dem immer sich wiederholenden Urtrage zu den Generalversammlungen unseres Verbandes, den Gautagen usw. auf Einführung des „Korr.“-Obligatoriums, daß es auch aus diesem Grunde der Mühe verlohnt, sich mit ihr zu befassen.

Nach meinen jahrelangen Beobachtungen können wir drei verschiedene Arten von Lesern des „Korr.“ unterscheiden. Es ist daher auch gut und ziemlich zureichend zu beurteilen, mit welcher Kategorie von Mitgliedern wir es zu tun haben: ob wir, sagen wir einmal, Mitglieder I., II. oder III. Klasse vor uns sehen.

Da sind zunächst diejenigen zu erwähnen, die dem Erscheinungstage der jeweilig fälligen Nummer des „Korr.“ mit lebhafter Spannung entgegensehen. Sie lesen unser Organ von Anfang bis zu Ende, und zwar genau und mit tiefstem Interesse. Dann folgen die Kollegen, die den „Korr.“ zu nebenbei als geistige Nahrung verbauen. Sie studieren zuallererst die dritte bzw. vierte, fünfte oder siebente Seite: den „Briefkasten“. Dann folgen die Zitate und hierauf der Leitartikel. Dieser wird jedoch nicht permanent, sondern so ein passand gelesen. Zuguterletzt sind diejenigen zu nennen, die eventuell einmal alle drei bis vier Monate soviel Zeit erübrigen, einen Blick in den „Korr.“ zu werfen, womit sie für mindestens den gleichen Zeitraum ihr ganzes gewerkschaftliches Wissen wieder aufgefischt haben.

Seit in fast allen Gauen bzw. Bezirken das „Korr.“-Obligatorium zur Einführung gelangt ist, das Verbandsorgan den Mitgliedern also auf alle Fälle und pünktlich zugestellt wird, kann man diese Wahnehmungen machen. Vor dem Obligatorium traten diese Erscheinungen weniger stark zutage. Denn wer von den Kollegen damals auf den „Korr.“ abonniert hatte, der las ihn auch. Mit Ausnahme natürlich derjenigen, die das Halten des „Korr.“ gewissermaßen als Sport betrieben, nur, um von den Nebenkollegen nicht als minderwertig angesehen zu werden.

Unbestreitbar dürfte es wohl sein und bleiben, daß diejenigen, die den „Korr.“ von I bis III zu lesen gewöhnt sind, auch den gewerkschaftlichen Fragen größtes Interesse entgegenbringen. Sie können infolge der aus dem „Korr.“ geschöpften Wissenschaft sich über die an der Tagesordnung befindlichen Punkte verbreiten und an den Debatten in den Versammlungen sich beteiligen, und sie verstehen es meist auch vortrefflich, den richtigen, guten Kern herauszuschälen. Sie wissen am besten Bescheid im Statut, in den Vorstandsbeschlüssen sowie im Tarif und sind am ehesten in der Lage, Aufklärung in Krankens-, Invaliden- und Tariffragen zu geben. Und dies alles verbanden sie in erster Linie dem eifrigen Studium des „Korr.“.

Und wie lesen nun diese Kollegen denselben! Sie werden sein säuberlich vorn bei dem Leiter anfangen, diesen wohl ganz besonders Studium unterlegen, um dann fortlaufend alle weiteren Artikel, Einfendungen, Korrespondenzen usw. durchzugehen. Alles ist für sie des Lesens wert. Sie finden in den „Korrespondenzen“, die fälschlich von vielen als für sie nicht in Betracht kommend übersehen werden, ebensoviel Stoff zur weiteren Fortbildung wie in dem Leiter oder in andern Artikeln.

liberal sind sie zu Hause. Sie dürfen hinkommen, wo es sein mag; sie müssen auch auf den exponiertesten Posten zu stehen können, meistens werden sie vortrefflich ihren Mann stellen. Sie sind ferner, und dies ist ganz besonders erwähnenswert, weil gerade in der Beziehung leider ständig Klage geführt werden muß von fast allen Orts- und Bezirksvereinen, auch die besten Versammlungsbesucher.

Schreiber dieses gehört nun 33 Jahre unsrer so stolzen und achtunggebietenden Organisation an und mit Genugtuung betone ich, daß ich während dieser ganzen Zeit ohne besonders zwingenden Grund einer Versammlung oder sonstigen Veranstaltung noch nicht dreimal fern geblieben bin, und daß ich ununterbrochen den „Korr.“ gelesen habe. Selbst während einer beinahe zehnjährigen Abwesenheit im Ausland und schon während meiner Beurlaubung war es mir Bedürfnis, denselben eifrig zu studieren. Macht es ebenso, ihr Säumigen, ihr Lagen!

Die angeführte zweite Kategorie nimmt den „Korr.“ wohl entgegen, liest ihn und wieder auch den Leitartikel, interessiert sich im besonderen aber nur für den „Briefkasten“ und findet unter „Rundschau“ oder „Korrespondenzen“ hier und da auch einen „Brocken“, der verdäulich erscheint. Diese Kollegen sind zuweilen auch in den Versammlungen anzutreffen, wissen etwas vom Statut usw., lassen im übrigen aber den „lieben Gott einen guten Mann sein“, wie man so zu sagen pflegt. Sie werfen sich gelegentlich einmal zu einer guten und erfreulichen Tat auf, aber im großen und ganzen heißt es bei ihnen: „Weiß mir zehn Schritt vom Leibe“. Ihnen steht meist ein Gesang, Turn- oder sonstiger Verein näher, und hier vergeuden sie manchmal ihre Kraft, die einer besseren Sache wert wäre. Nicht, daß ich damit gefagt haben möchte, diese Kollegen sollten sich diesen Vereinen ganz und gar abwenden, das liegt mir fern. Sie sollen aber Einklehr bei sich halten und einsehen lernen, daß in den heutigen Zeitläufen es Erfordernis ist, die Sache umgekehrt anzufassen, und zuerst volles und tüchtiges Verbandsmitglied zu sein, und dann erst sich ihren besonderen Neigungen hingeben. Sie werden auf diese Art und Weise gleichfalls auf ihre Kosten kommen und es nie bereuen, diesem Rate Folge gegeben zu haben.

Und nun sollen der dritten Kategorie einige Worte ins Stammbuch geschrieben werden. Diese Kollegen lesen den „Korr.“ nur höchst selten oder gleich gar nicht. Ich kann nicht begreifen, wie es den Kollegen nicht einmal zum Bewußtsein kommt, daß sie damit in erster Linie sich selbst schädigen. Kein Nebenkollege wird ein solches Mitglied als vollwertig ansehen. Kennen sie unser Statut, Tarif usw. doch alles nur dem Namen nach. Wähten sie nicht jede Woche (es geschieht dies zwar gerade von ihnen nicht in der erwünschten Regelmäßigkeit, denn unter ihnen befinden sich die meisten Restanten, der Schreden unsrer Kassierer) ihren Beitrag abladen, so hätten viele wohl schon längst bemerkt, daß sie Mitglieder des Verbandes sind! Sie entziehen sich außer der Beitragsleistung einer Pflicht, die so groß ist wie diese, nämlich der Beteiligung am Vereinsleben. Sie entwürden sich selbst und sind in der Tat nichts weiter als Mitglieder III. Klasse. Kein Rückgrat sitzt in den meisten von ihnen und im Ernstfalle wären sie weiter nichts als ein Hemmschuh für uns. Ober ist es etwa nicht entwürdigend, wenn, wie mir Fälle bekannt sind, es möglich ist, daß Kollegen, die sich um den „Korr.“ und das Organisationsleben gar nicht oder doch herzlich wenig bekümmern, veraltete Nummern des „Korr.“ überreich wurden, ohne dies zu bemerken! Würden sie sich mit der Verteilung des „Korr.“ nur einigermaßen befassen, so könnte so etwas natürlich nicht vorkommen. Als die Sache gelegentlich doch einmal auffiel (der Kollege, der den „Korr.“ verteilt, praktiziert dies gewöhnlich dann, wenn ihm durch Neueinstellung von weiteren Gehilfen oder durch einen sonstigen Umstand zu wenig Exemplare zur Verfügung stehen), beklagte sich der Betroffene und frag, ob man ihn denn als Mitglied II. Klasse einschätze? Ein unbezahlbare Witz!

Abgesehen davon, daß es in unsrer Organisation überhaupt keine verschiedenen Grade von Mitgliedern gibt, bedenken diese Kollegen wohl gar nicht, daß sie selbst es sind, die durch ihre Handlungsweise sich herabwürdigen, und zwar so weit herabwürdigen, daß sie sich es nicht zur Ehre anrechnen können, dem Verbands der Deutschen Buchdrucker anzugehören! Denn sie sind es auch, die in einer Versammlung nie anwesend sind, die die Druckerversammlungen von dem verkehrten Standpunkt aus betrachten, als sollte in diesen nur Substrat für uns zum Austrage gebracht werden. Sie hemmen nur das organisatorische Aufwärtstreben.

Donn.

Gau Dresden.

Am 9. Juli fand in Dresden die ordentliche Generalversammlung unseres Gauvereins statt. Gauvorsteher Wendische eröffnete gegen 11 $\frac{1}{2}$ Uhr den Goutag mit einer Begrüßung der erschienenen Delegierten. Die gegenwärtige Situation in unserm Gewerbe erfordert mehr denn je Einheit und Geschlossenheit bei allen Maßnahmen. Diese Einheit zu stärken und so festigen unter den Kollegen, dazu mühten die diesmaligen Verhandlungen beitragen. Die Verlesung der Präsenzliste ergibt die Anwesenheit aller 66 Delegierten. Sodann nimmt Kollege Wendische noch Gelegenheit, die Vertreter des Leipziger Gaus, die Kollegen Engelbrecht und Gesslbarth, als Gäste zu begrüßen, deren Teilnahme an den Verhandlungen auch für unsern Gau nur vorteilhaft wirken könnte. Kollege Engelbrecht dankt für die begrüßenden Worte, betonend, daß wenn der Leipziger Gau Ver-

treter entsandt hat, so in der Hoffnung, wertvolle Anregungen für ihren Gau mitnehmen zu können, um sie dort im Interesse ihrer Mitglieder zu verwerten. Er wünscht den Verhandlungen besten Erfolg. Im weiteren Verlaufe der Verhandlungen erschien dann noch Kollege Demuth (Magdeburg), der anlässlich des Krankenkassenkongresses hier weilte.

In das Bureau werden als Schriftführer die Kollegen Schalle und Schröder gewählt. Bevor in die Tagesordnung eingetreten wird, erklärt Kollege Wendische, noch einen Akt der Pietät erfüllen zu müssen, und zwar in erster Linie gegenüber unserm auf so tragische Weise aus dem Leben geschiedenen Hauptverwalter Adolf Beyer, der nicht nur eine wertvolle Kraft für unsre Organisation, sondern auch ein guter, stets hilfsbereiter Kollege gewesen sei; des weiteren für die innerhalb unsres Gaus im abgelaufenen Geschäftsjahre verstorbenen Mitglieder und inwaliden Kollegen. Zu Ehren der Verstorbenen erheben sich die Anwesenden in der Stille.

Zum Berichte des Gauvorstehers selbst schildert Kollege Wendische zunächst die Situation im allgemeinen, hervorhebend, daß die Verhältnisse mit der Prinzipalität in Dresden nicht die besten wären. Auf den gedruckt vorliegenden Bericht verweisend, erklärt Redner, daß in diesem ein so wertvolles statistisches Material festgelegt sei, daß jedes einzelne Mitglied in der Lage ist, sich über die Verhältnisse in unserm Gau zu orientieren. Diese Statistik enthalte alles das, was von Druckereien zu erlangen war. Die Betriebe, die nicht aufgeführt, sind meistens kleine Druckereien (Nebenbetriebe oder solche mit einem oder keinem Gehilfen), sogenannte Feuertage, die für die Organisation und den Tarif aber nicht in Frage kommen. Die Segmasynce hat sich auch weiter das Feld erobert und sind gegenwärtig 110 Seg- und Diehmäschinen in Betrieb. Der Mitgliederstand stieg auf 2208, während der Gutenbergdum nur in einzelnen Exemplaren vertreten und gegenüber unsrer Organisation ganz bedeutungslos sei. Im Berichtsjahre haben weitere 22 Firmen den Tarif anerkannt. Eine Dresdner Firma mußte wegen Nichtbezahlung des Tarifbeitrags aus dem Verzeichnisse tariffreier Firmen gestrichen werden. Im allgemeinen könnten die tariflichen Verhältnisse als gute bezeichnet werden.

Für die Tarifberatung habe die vorjährige Gauvorsteherkonferenz die Richtlinien geschaffen, und auch unsre Generalversammlung in Hannover habe sich eingehend mit der Materie befaßt und in einer Resolution die Grundforderungen festgelegt. Der Tarifauschuß trete im September zusammen und ist unsern Mitgliedern nach der offiziellen Bekanntgabe noch Gelegenheit geboten, Vorschläge einzubringen, auch betreffs Abänderung der jetzt gültigen Sozialzuschläge.

Redner erörtert hierauf die bereits auf der Generalversammlung besprochenen Tarifbrüche einzelner Mitglieder und verurteilt aus sich schärfste die Diskriminierungen der Rotationsmaschinenmeister der Firma Scherl in Berlin; die Vorkommnisse selbst und die sich daraus eventuell ergebenden Konsequenzen eingehend beleuchtend. Er verweist dabei auf die von der Gauvorsteherkonferenz gefaßte Resolution und erklärt, daß wenn sich Mißstände herausstellen, es die Pflicht unsrer Mitglieder sei, deren Beseitigung auf legalem Weg anzustreben. Nützig sei vor allen Dingen Wahrung der Disziplin gegenüber unsrer Zentralkommission. Redner gibt am Schluß seiner Ausführungen der Hoffnung Ausdruck, daß auch Berlin wieder den richtigen Weg finden möge.

Kollege Steinbrück gibt den Verwaltungsbericht und erklärt hierbei zunächst, daß aus verschiedenen kleinen Provinzorten Proteste eingegangen sind, weil sie keine Vertretung auf dem Goutag erlangen konnten. Deren Berücksichtigung sei aber bei der Wahlabschreibung gar nicht möglich, da der Mitgliederstand in den Mitgliedschaften täglich wechselt und diesem Wechsel nicht Rechnung getragen werden könne. Zur Verhütung sei gesagt, daß bei der Mitgliedschaft Dresden der Bestand von Schluß des Vorjahres in Betracht gezogen worden sei; nach dem Tagesstande würde aber Dresden zwei Delegierte mehr bekommen. Redner geht nunmehr auf die Kostengattung der einzelnen Unterfützungsweize des näheren ein.

Die Verbandskasse weist gegenüber einer Einnahme von 117576,35 M. eine Ausgabe von 114073,65 M. auf und schließt demnach mit einem Überschusse von 3502,73 M. Die Zentralinvalidentasse bilanziert mit einem Betrage von 2049,55 M. Die Gaukasse verzeichnete eine Einnahme von 43102,60 M. und eine Ausgabe von 41377,79 M. Die anlässlich der Bohnbewegung unsrer schwedischen Kollegen ausgeschiedene Extrastener ergab einen Betrag von 3470,10 M., der infolge der eingetretenen Weigerung des Konfliktes nur mit 1025 M. Verwendung fand und somit für ähnliche Fälle reserviert werden konnte. Mit dem sich hieraus ergebenden Überschusse von 2454,10 M. schließt unsre Gaukasse daher mit einem Mehr von 5243,06 M. Das sei gewiss eine erfreuliche Aufbesserung, aber trotzdem entfallt auf das einzelne Mitglied nur die Summe von 23,90 M. gegenüber 22,07 im Jahre vorher, und doch sei die alte Höhe, wie sie z. B. das Jahr 1906 mit 27,82 M. aufweise, noch lange nicht erreicht, was jedenfalls zur größten Vorsicht mahne. Erfreulich sei weiter der Überschuß, den unsre Verbandskasse erzielte, wenn er auch als ein bescheidener zu bezeichnen sei; denn trotzdem die Ausgaben gegenüber dem Vorjahre um 2700 M. stiegen und das Vorjahr mit einem Defizit von 4194,70 M. abschloß, konnte in diesem Jahre der oben verzeichnete Überschuß von 3502,73 M. erzielt werden. Ein Zeichen flotteren Geschäftsganges, was sich darin dokumentiert, daß rund 9400 Beiträge mehr als im Vorjahre abgeliefert werden konnten. Trotzdem sei

weise Vorsicht am Platze, denn trügen die Anzeichen nicht, gehe es bereits wieder abwärts mit der Konjunktur, und sei es nicht ausgeschlossen, daß dann ständiges Defizit als Gast bei uns einziehe. Wenn unsre Generalversammlung in Hannover alle Unterstützungsanträge ablehnte, so sagen unsre Riffen, daß dieser Standpunkt der allein richtige war. Der Gesamtumsatz der Verwaltung, einschließlich des Dresdner Buchdruckervereins, hat die Summe von 200000 M. überstiegen, und das bei 2208 Mitgliedern, gewiß ein sprechender Beweis großer Leistungsfähigkeit! Kollege Steinbrück bespricht hierauf die Wirksamkeit der Gegenseitigkeitsverträge in bezug auf unsre Gaukasse, hierbei auf die Übersicht im Geschäftsberichte verweisend. Die erfolgte Abänderung des Vertrags durch die Generalversammlung wird von ihm besprochen und erläutert. Große Mitkenntnis der Bestimmungen herrsche noch unter den Mitgliedern und sei deren Studium nur dringend zu empfehlen. Was die Gauzuschüsse selbst betrafte, so habe der Verbandsvorstand auf der Generalversammlung erklärt, daß diese auf der nächsten Versammlung würden. Betreffs des Sterbegebildes für die Invaliden sei die Angelegenheit dem Verbandsvorstand überwiesen, um die bestehenden Karten zu beseitigen. Redner geht hierbei auf einzelne Fälle ein, die bei den jetzigen Bestimmungen vorkommen könnten.

In der nun folgenden Debatte spricht Kollege Bräuer (Dresden) dem Gauvorstande für die im Berichtsjahre geleistete Arbeit seine vollste Anerkennung aus. Besonders befriedigt habe ihn die Aufnahme der Statistik im Geschäftsberichte, die einen Einblick in die Verhältnisse der Provinzdruckereien gestatte. Auf den Berliner Fall Bezug nehmend, erklärte er, daß wir uns selbst geschaffene Wege unbedingt halten müßten, wünschte aber auch, daß von seiten des Tarifamts Sprüche vermieden würden, die geeignet wären, das Vertrauen der Kollegen zur höchsten gewerblichen Instanz zu erschüttern.

Kollege Haase (Nabebeul) spricht den Wunsch aus, daß Mitglieder in Betriebsdruckereien zu dem Ort ihre Beiträge zahlen möchten, zu dem sie ihrer Lage nach gehören.

Kollege Steinbrück erklärt, daß das wohl Aufgabe des Mitgliedschaftstassierers sei, hier Abhilfe zu schaffen, da für den Gauvorstand nur die regelmäßige Erhebung der Beiträge in Frage komme.

Kollege Spindler (Rittau) bringt einige Fälle falscher Angaben in der Statistik zur Sprache und moniert die Verweigerung der Auszahlung von Krankengeld an solche Mitglieder, die am Erkrankungsstage nur eineinhalb Stunden gearbeitet haben.

Demgegenüber erklärt Kollege Steinbrück, daß von der Verwaltung nach dem Grundsatze verfahren werde, Lohn und Unterfützung dürfen auf einen Tag nicht zusammenfassend abgezogen, müßten jedoch Angelegenheiten von Fall zu Fall behandelt werden.

Kollege Koflschmidt (Freiberg) führt Beschwerde über die Firma Köhler daselbst, die wohl den Tarif anerkannt habe, aber nicht danach handle. Auch sei ein Verzicht zu viel vorhanden.

Kollege Fischer (Dresden) spricht über eventuelle Erhöhung der Sozialzuschläge. Er wird vom Kollegen Wendische darauf aufmerksam gemacht, daß diesbezügliche Wünsche an das Kreisamt einzureichen sind.

Vor Eintritt in die Mittagspause werden die Kollegen Bräuer und Weise (Dresden) sowie Haase (Nabebeul) in die Diktationskommission gewählt.

Nach Wiedereintritt in die Verhandlungen spricht Kollege Gyorgyovitsch (Birma) über den Birnaer Sozialzuschlag und erklärt den Wunsch des Kollegen Haase als berechtigt; er vertritt weiter die Ansicht des Kollegen Steinbrück über die Auszahlung von Krankengeld für den Erkrankungsstage.

Einige Monita der Kollegen Stürmer (Dresden), Schneider (Wilschdorf) und Sasse (Wurzen) gelangen nach zum Vortrage. Letzterer macht Mitteilung über traurige Verhältnisse in der Druckerei Jakob (Wurzen), betonend, daß unsre Kollegen hierbei selbst viel Schuld haben.

Kollege Weigel (Dresden) beantragt im Namen der Revisoren Entlastung des Verwalters und Nichtigprechung der Jahresrechnung. Auch eine außerordentliche unterhoffte Revision habe alles in bester Ordnung vorgefunden.

Kollege Gyorgyovitsch behandelt das Verhalten der Rotationsmaschinenmeister bei Scherl und verurteilt deren tarifwidriges und verbandsschädigendes Verhalten. Die vielfach befundene Solidarität für diese Kollegen habe unsrer Sache mehr geschadet als genützt.

Kollege Koflschmidt wünscht eine klare Stellungnahme des Goutags in dieser Angelegenheit. Zu dieser Sache selbst sind drei Resolutionen eingegangen, darunter folgende des Kollegen Jugelt (Ebersbach): „Der Goutag erklärt sich mit der Resolution der Gauvorsteherkonferenz einverstanden.“

Kollege Schmieder (Weinbühla) will die Frage erst in den Mitgliedschaften behandelt wissen.

Kollege Wendische wendet sich gegen die Ausführungen und erläutert nochmals eingehend die Berliner Vorkommnisse.

Die Kollegen Kläuer (Großhain) und Gyorgyovitsch äußern sich im gleichen Sinne.

Kollege Lehmann (Dresden) verurteilt zwar auch das Vorgehen der Berliner Rotatoren, fann sich aber nicht auf den Boden der Gauvorsteherkonferenz stellen. Die Konferenz hätte auch gegen die Firma Scherl votieren müssen; die Behandlung unsrer Kollegen seitens der

Firma habe viel zu wünschen übrig gelassen. Die sofortige Entlassung der Vertrauensleute sei zu vermeiden.

Die Kollegen Kohnschmidt (Freiberg) und Zimmer (Zittau) sprechen für die Resolution Jugelt.

Kollege Wendische wendet sich gegen Lehmann, hervorhebend, daß auch die von ihm angeregte Seite eingehend auf der Konferenz behandelt worden sei. Redner gibt hierzu noch einiges ihm zur Verfügung stehende Material zum besten.

Kollege Feingler (Dresden) ist der Meinung, daß der „Korr.“ viel verfeinert habe. Hätte dieser gleich ein ausführliches Bild nach beiden Seiten hin gegeben (was nach Lage der Sache unmöglich war. Red.), wäre die Unzufriedenheit und Verwirrung keine so große geworden.

Kollege Wendische wendet sich dagegen und betont, daß unser Organ auf Tatsachen aufgebautes Material veröffentlicht habe. Lasse man sich aber von anderer, außerhalb unserer Organisation stehender Seite unterrichten, so solle man dem „Korr.“ doch keinen Vorwurf machen.

Kollege Steinbrück verteidigt die Beschlüsse und Maßnahmen der Gauvorsteherkonferenz wie des Verbandsvorstandes, die im Interesse unserer Organisation gelegen wären. Die Solidarität des Unternehmertums im Berliner Falle sei ein Fingerzeig, wie wir zu manipulieren haben. Von diesem Gesichtspunkt aus seien auch die Maßnahmen des Verbandsvorstandes zu beurteilen. Damit schließt die Debatte. Zugunsten der Resolution Jugelt werden die beiden andern Resolutionen zurückgezogen und diese gelangt hierauf mit 59 gegen 7 Stimmen zur Annahme.

Der Jahresbericht wird einstimmig genehmigt und dem Verwalter Entlassung erteilt.

Von den sieben gegen die Resolution Jugelt stimmenden Kollegen geht folgende Erklärung ein, von der der Gautag Kenntnis nimmt: „Die Unterzeichneten haben sich der Resolution Jugelt nur deshalb nicht angeschlossen, weil die Resolution der Gauvorsteherkonferenz nicht auch einen Tadel gegen das Verfahren der Firma Scherl (Berlin) enthält bzw. weil das Urteil des Tarifamts eine Disqualifizierung zweier Vertrauensleute der Druckerei ausspricht. Sie erklären aber, daß sie dem Inhalte der Resolution der Gauvorsteherkonferenz im übrigen zustimmen.“

Zur Beratung und Beschlußfassung gelangt sodann folgender Antrag der Mitgliedschaft Meissen: „Der Gautag wolle beschließen, vom 1. August 1911 an das „Korr.“-Obligatorium im Gau Dresden einzuführen.“

Kollege Kimmel begründet und befürwortet den Antrag, es als einen Mißstand bezeichnend, wenn zwei Kollegen auf ein Exemplar unseres Organs angewiesen wären. In der Debatte wird das Für und Wider nach den verschiedenen Richtungen beleuchtet und, auch betont, daß der jetzige Zustand seine guten Seiten habe, weil hier in der Lage sei, seinen Mitleider bei der Übergabe auf diesen oder jenen Artikel aufmerksam zu machen. Der Antrag wird zurückgezogen, nachdem Kollege Steinbrück erklärt, daß das volle Obligatorium der Gautasse rund 2900 Mk. kosten würde und deshalb ohne Steuererhöhung nicht durchzuführen sei. Da voraussichtlich die nächste Verbandsgeneralversammlung dem Obligatorium näher treten werde, sei es nicht ausgeschlossen, daß dem nächsten Gautag ein entsprechender Antrag des Vorstandes unterbreitet wird, für die zwei Jahre bis zur Verbandsgeneralversammlung das volle Obligatorium an Stelle des sogenannten halben auf Kosten der Gautasse einzuführen, eventuell ohne Steuererhöhung.

Der nächste Punkt der Tagesordnung lautet: „Besprechung und Beschlußfassung über die zur Bezirkseinteilung gestellten Anträge“: a) Antrag der Mitgliedschaft Döbeln: „Den Bezirken zu überlassen, daß sie die Bezirksversammlungen bei Bedarf auch in andern dem Bezirk angehörenden Orten abhalten können, zumal wenn es gilt, dort neue Mitglieder zu gewinnen.“ b) Antrag der Mitgliedschaft Meissen: „Das Reglement zur Bezirkseinteilung ist dahin abzuändern: Der Bezirk Meissen umfaßt folgende Orte: Meissen (Vorort), Weinböfha, Wilsdruff, Großenhain, Niesla, Lommahs, Moritzburg, Nadeburg.“ c) Anträge der Mitgliedschaft Zittau: I. „Der Beschluß des letzten Gautags, wonach alljährlich zwei Bezirksversammlungen abgehalten sind, zu denen das Jahrgeld IV. Klasse aus der Gautasse gezahlt wird, ist aufrecht zu erhalten.“ II. „Im Abrechnungsfall wird beantragt: Den Bezirksvereinen ist ein noch festzusetzender Betrag aus der Gautasse für diese Zwecke zu überwiesen.“

Antrag a) begründet Kollege Wuchholz (Döbeln). Der Agitation wegen sei es nötig, auch in andern Bezirken Ortsversammlungen abzuhalten und nicht nur, wie es der Gauvorstand wolle, am Bezirksvorort.

Kollege Biegsch (Meissen) befürwortet den Antrag b). Aus praktischen Gründen sei es zu empfehlen, den Bezirksvereinen die beantragten Orte einzufügen.

Den Antrag c) empfiehlt Kollege Jugelt (Grossbach). Eine Bezirksversammlung sei entschieden zu wenig.

Kollege Wendische erklärt auf eine Anfrage des Kollegen Wuchholz im Laufe der Debatte zu a), daß der Gauvorstand unter gewissen Umständen die Abhaltung einer Bezirksversammlung auch an einem andern Bezirksorte genehmigen würde, nur dürfe das Recht den Bezirken nicht zustehen. Die Kosten wären sonst zu groß. Der Antrag wird zurückgezogen.

Zum Antrage b) meint Kollege Steinbrück, daß man die Ausführung wohl den Mitgliedern überlassen müßte und macht den Vorschlag, eine gemeinsame Versammlung der Bezirke Meissen und Großenhain abzuhalten, bei der der Gauvorstand vertreten sein werde,

um zu versuchen, die Angelegenheit im Sinne des Antrags zu erledigen. Den Antrag Zittau I empfehle er zur Annahme. Der Antrag Meissen wird hierauf zurückgezogen, während Zittau I zu einstimmiger Annahme gelangt. Antrag II ist damit erledigt.

Ein schriftlich eingereichter Antrag des Kollegen Kohnschmidt (Freiberg): „Der Gautag möge eine bestimmte Wahlkreiseinteilung bezüglich der Zahl der Delegierten aus den Provinzorten beschließen“, wird zurückgezogen, nachdem Kollege Steinbrück ausgeführt, daß die jetzige Einteilung so sei, daß auch den kleinen Mitgliedsschaften Rechnung getragen werde. Auch könne der Gautag heute hierüber gar nicht Beschluß fassen. Ein so weitgehender Antrag gehöre unbedingt vorher auf die Tagesordnung, um den Mitgliedsschaften Gelegenheit zur Diskussion zu geben.

Die Beiträge werden in alter Höhe belassen. Die Remuneration für den Gauvorsteher, dessen Stellvertreter und die Revisoren wird auch in alter Höhe belassen.

Über die Höhe der Diäten schlägt Kollege Haase 7 Mk. und Fahrtenzuschädigung vor, für die Schriftführer je 5 Mk. extra.

Die Kollegen Bräuer und Hahn sprechen für den alten Diätenfuß von 6 Mk. Die Abstimmung ergibt die Annahme des Vorschlags Haase mit 33 gegen 26 Stimmen.

Zur Wahl des Gauvorstehers und dessen Stellvertreter werden die Kollegen Wendische und Reichenhach wieder vorgeschlagen. Ersterer dankt für das entgegengebrachte Vertrauen auch im Namen seines Stellvertreters und verspricht, wie bisher seine Pflicht zu erfüllen.

Als Ort der nächsten Hauptversammlung wird wieder Dresden bestimmt.

Kollege Wendische resümiert hierauf über die Tagung und gibt dem Wunsch Ausdruck, daß auch dieser Gautag dazu beitragen möge, das Interesse für unsere Organisation zu heben und zu kräftigen.

Nach Verlesung des Protokolls wird der Gautag mit einem Hoch auf unsern Verband 7 $\frac{1}{2}$ Uhr abends geschlossen. Schr.

Das Buchgewerbe im Auslande.

Österreich. Die Jahresversammlung des Reichsverbandes österreichischer Buchdruckermeister fand am 9. Juli in Wien statt. Der umfangreiche Tätigkeitsbericht des Verbandes wurde genehmigt. Es wird darin u. a. darauf hingewiesen, daß sich im Laufe des Jahres eine Schwierigkeit bezüglich der versicherungstechnischen Behandlung der Korrektoren im Hinblick auf das Handlungsgehilfenengesetz ergeben habe. Da neuerdings durch ein Gewerbegericht die Auffassung ausgesprochen sei, daß der Korrektor als solcher dem Handlungsgehilfenengesetz unterliege, werde der Reichsverband gegen diese irrige Rechtsauffassung in energischer Form Stellung nehmen, da die Tragweite der Entscheidung eine „ganz enorme“ sei. Weitergehend noch sei der erfolgte Versuch der Allgemeinen Pensionsanstalt, der darauf hinauslaufe, auf Grund der gewerbegerichtlichen Entscheidung alle Korrektoren der Pensionsversicherungspflicht zu unterwerfen. Diesem Versuche entgegenzuwirken, hält der Reichsverband der Prinzipale ebenfalls für seine Pflicht. Daß man in österreichischen Prinzipalstreffen vor großen Konsequenzen in der Beurteilung der schwierigen Arbeit der Korrektoren nicht zurückdreht, nur um die geringen anteiligen Versicherungsbeiträge für die Korrektoren zu sparen, haben wir bereits in Nr. 50 des „Korr.“ an dieser Stelle gezeigt. Weiter spielte im Geschäftsberichte des Reichsverbandes die Frage der Neuregistrierung des Minimaltarifpreissetzungs als Rolle. Durch die Beschlußfassung auf der Hauptversammlung des Deutschen Buchdruckervereins in Hamburg, zu der auch der österreichische Reichsverband seine Vertreter entsandt hat, ist die Angelegenheit in ein neues Stadium getreten. Es wurde auf der Hamburger Tagung beschlossen, den Minimaltarif für obligatorisch zu erklären, den Entwurf aber den einzelnen Bezirksvereinen zur Äußerung zu übermitteln, um danach die definitive Fassung einrichten zu können. Der österreichische Prinzipalverband, dem der ursprüngliche Text des Minimaltarifs, wie er der Hamburger Versammlung vorlag, zur Verfügung gestellt wurde, wird vorerst das Ergebnis der verschiedenen Antworten der Bezirksvereine der deutschen Prinzipale abwarten, um dann an der Hand des vorzüglichen Materials jene Beschlüsse zu fassen, die den österreichischen Ansichten und Verhältnissen entsprechen. Der Gedanke des Faktorenfonds hat, dem Geschäftsberichte zufolge, bei den Prinzipalen Österreichs volles Verständnis gefunden. Eine Neuregistrierung auf dem organisatorischen Gebiete des österreichischen Buchdruckerwesens bildet die eingeleitete Gründung einer Graphischen Bank in Prag, der der Reichsverband mit großem Interesse gegenübersteht. In Vorfällen tariflicher Unstimmigkeiten hatte der Reichsverband auch in dem Berichtsjahre öfter Anlaß zum Einschreiten. So ereignete sich eine Boykottierung eines ganzen Kronlandes. Im großen und ganzen wird im Berichte mit Bedauern konstatiert, daß sich das Verhältnis zwischen Arbeitnehmer und Arbeitgeber immer schroffer gestaltet, daß Kleinigkeiten Anlaß zu großen Differenzen geben. Die Nähe der Tarifrevision sollte es mit gebieterischer Notwendigkeit erscheinen, heißt es weiter, daß hier wie dort (bei Prinzipalen wie Gesellen) die Reibungsflächen möglichst vermindert werden. Sehr richtig! müßten wir vom deutschen Standpunkt aus hinzusetzen. Der im ferneren Verlaufe der Jahresversammlung erstattete informatorische Bericht über die Hauptversammlung der deutschen Prinzipale erörterte das Wesen des neuen Preis-

tarifs und zeigt den großen organisatorischen Fortschritt, den der Deutsche Buchdruckerverein mit diesem Wert angebahnt hat. Die in Deutschland bevorstehende Tarifrevision wurde ebenfalls besprochen, wie das Wesen und die Grundlagen des Lohntarifs überhaupt und die Ziele, die damit verfolgt werden. Das betreffende Referat entwarf schließlich noch ein Bild über die momentane Lage in Deutschland selbst und bot Anlaß zu Vergleichen zwischen den Verhältnissen beider Länder, die nach Lage der Dinge das größte Interesse hervorzuheben geeignet waren. Die nächste Jahresversammlung wird 1912 in Prag stattfinden, um die Bande, die den Reichsverband mit Böhmen verknüpfen, noch enger zu gestalten.

Deutsche Schweiz. Das „Bulletin“, ein der Stellenvermittlung für Buchdrucker dienendes Organ des schweizerischen Prinzipalvereins, ist nach 23jährigem Bestehen seit Ende Juni eingegangen.

Frankreich. In der letzten Nummer des französischen Prinzipalorgans wird in einer Korrespondenz über den großen Streik in Toulouse (Dezember bis April) neben verschiedenen Unrichtigkeiten ein interessantes Geständnis gemacht, das eine hübsche Qualifizierung der Streikbrecher bildet. Da die lange Periode des Streiks der Solidarität unserer Kollegen wenig Abbruch tat, war die liebe Not um läufliche Subjekte groß und man mußte im ganzen Lande herumziehen, um sie zusammenzuholen. Auf Inzerate sollen sich zwar viele gemeldet haben, aber die kamen, sahen und — verschwanden mit der schlechten Angewohnheit, sich zur Gemeinschaft der nötigen „Vorschuß“ verschafft gehabt zu haben. Auch den Streikbrecheragenturen wird das schlechte Zeugnis ausgestellt, daß sie noch weit davon entfernt sind, ihre Auftraggeber zu befriedigen. Diese modernen Menschenhändler verdienen ihre Auspreisur nur gegen die Bezahlung der Reisepesen und Lohnversprechungen, die gewöhnlich 1—1 $\frac{1}{2}$ Fr. der geforderten Tageslohn der Streikenden übersteigen. Daß sie nach dem Streik in der seltenen Prinde sitzen bleiben möchten, ist selbstverständlich; da aber die Verschänder sich über die moralische und technische Qualität ihrer Ware keine grauen Haare wachsen lassen, heißt es beim Streikschlusse gewöhnlich mit Schiller: „Doch mit des Gesichts Mächten ist kein ew'ger Bund zu schließen!“ Die Korporationsmaschinenfabrik, die von Frauen bebient wird und so vorzüglich während des Streiks funktioniert haben soll, muß trotzdem nicht viel geleistet haben, denn den auswärtigen Kollegen, die die größeren Druckaufträge in geheimer Weise lieferten, wird noch der besondere Dank abgestattet.

Großbritannien. In einer Extradelegiertenversammlung am 28. Juni wurde den Beamten und dem Vorstände des Londoner Segeverbandes wiederum bestätigt, daß die Mitglieder mit der Kriegsführung, wie sie bisher gehandhabt wurde, voll und ganz einverstanden sind. Die 250 Mitglieder, die laut Statut berechtigt wären, eine Extraversammlung einzuberufen, waren in besserer Meinung; daß die jetzige Taktik zum gänzlichen Ruine des Verbandes führen würde. Sie schlugen deshalb eine Resolution vor, in der verlangt wurde, daß sämtliche zu den neuen Bedingungen arbeitende Kollegen die Arbeit einstellen sollten, um dadurch die widerpensigen Prinzipale zu zwingen, die fünfzigstündigen und die Wiedereinstellung der noch Streikenden zu veranlassen. Wie immer und überall, wurde auch ein neues Streikkomitee verlangt. Die Antragsteller waren in sehr pessimistischer Stimmung und führten aus, daß das Ziel, durch Verkürzung der Arbeitszeit die Reservearmee zu verringern, nicht erreicht sei, sondern daß die Zahl der Arbeitslosen um 700 mehr durch den Streik erhöbt wurde. Der Streik, wie er bisher gehandhabt wurde, hätte zu einer vernichtenden Niederlage geführt. Der Sekretär des Verbandes führte hingegen aus, daß die Annahme des gemachten Vorschlags erst zur Niederlage führen würde. Bis jetzt wäre noch nichts von einer Niederlage zu spüren; die Mitgliederzahl wäre die gleiche geblieben und etwa 50000 Pf. Sterl. wären noch zur Verfügung. Außerdem wäre der Vertrag mit den unabhängigen Prinzipalen (die die fünfzigstündigen bewilligt haben) und die andern dem Streikkomitee angehörenden nicht allzu kräftigen Organisationen in Erwägung zu ziehen. Das Streikkomitee wäre zu der Überzeugung gekommen, daß es seinen Zweck erfüllt habe und somit aufgelöst werden könne. Die Aufmerksamkeit müsse jetzt auf die Kunden und Kontrakte der noch ausständigen Firmen gelenkt werden. Der Vorstand schlug deshalb vor, den 1000 Arbeitslosen und 700 Streikenden bis zum 8. Juli 20 Schill. auszusahlen, vom 15. Juli an 14 Schill. Bis Ende September soll den noch nicht oder nicht mehr Berechtigten 10 Schill. ausbezahlt werden. Diese Vorschläge wurden mit überwältigender Mehrheit gutgeheißen.

Die in der Scottish Typographical Association vereinigten Buchdrucker hatten vom 12. bis 17. Juni ihre 16. Generalversammlung in Edinburgh. Die umfangreiche Tagesordnung enthielt aber nichts, was der Mühe wert ist zu berichten, auf daß wir „rückständigen“ kontinentalen Gewerkschaftler etwas lernen könnten. Nur eine Wendung zum Besseren wäre zu registrieren, nämlich die Einlabung des internationalen Sekretärs, Kollegen Stautner aus Stuttgart. Im schottischen Hochlande fiel somit der erste Schuß gegen die chinesische Manier der britischen Buchdrucker. Wenn die Mauer auch noch nicht gleich umgestürzt ist, so ist doch immerhin ein Anfang dazu gemacht, denn die Schotten sind von weichen Gemüt und methodisch gesultem Verstande. Weniger erfolgreich war der Versuch des Kollegen Stautner beim Sekretär des Londoner Segeverbandes. Der Wille der Mitglieder ist für den Verwaltungsbeamten höchstes Gesetz, und von Belehrung und Auffklärung steht nichts in dem

Statut englischer Gewerkschaften. Doch gab der Sekretär dem Kollegen Stautner den Rat, es immer wieder zu versuchen, eine Annäherung anzubahnen, damit die „wackende Dämmerung bringt in die trübsten Gehirnzellen“.

Amerika. Die Berliner Kontraktbuchaffäre entbehrt nicht einer gewissen Ähnlichkeit mit dem vor kurzer Zeit verhängten Streit in Chicago, über den wir berichteten. In den Zeitungen „The Examiner“ und „The American“ waren Differenzen zwischen der Verwaltung und den Maschinenseheren ausgebrochen. Eine Einigung konnte trotz dem korrekten Verhalten der ersteren — sie wollten die Differenz des Lohns, es drehte sich um ein halbes Cicero in der Spaltenbreite, bis zur Entscheidung durch das Schiedsgericht beim Verbandsvorstande deponieren — nicht erzielt werden, weil die Maschinenseher forberten, ihrem Verlangen schon bis zur Entscheidung Rechnung zu tragen. Eines Nachmittags um 3 Uhr verließen daraufhin die Maschinenseher die Arbeitsstätte. Die Zeitungsverleger telegraphierten sofort den Vorkauf an den Verbandspräsidenten Kollegen Lynch, der wiederum sofort per Telephon die Sektion Chicago (Nr. 13 der Union) aufforderte, die Streikenden nach den Druckereien zurückzubehalten, da ein Paragraph in dem zwischen der American Newspaper Publishers' Association und der Buchdruckerunion abgeschlossenen Kontrakte laute, daß vor einer Arbeitsniederlegung oder Aussperrung alle Wege und friedliche Mittel zur Beilegung versucht werden müßten. Als die Ratsschläge Lynchs erfolglos blieben, sandte dieser einfach telegraphisch an die Vertrauensmänner der Zeitungen „Chicago-Tribune“, „Record-Herald“, „Inter-Ocean“, „Post“, „Journal“, „News“, „American“ und „Examiner“ Verhaltensmaßregeln, daß sie eine Anzahl Kollegen auf Verlangen der vom Streite betroffenen Zeitungen zur Disposition stellen, damit diese das Erscheinen der Zeitungen ermöglichen. Als die Streikenden dieses energische Vorgehen des Verbandspräsidenten vernahmen, bejammerten sie sich eines Besseren und lehrten selbst juristisch. Ein Konflikt, der das Ansehen der Union schädigen mußte, ist somit verhütet worden. Diese Art der Beilegung ist als ganz natürlich betrachtet worden, ohne große Kommentare von links und rechts hervorzurufen.

Korrespondenzen.

Schweizer. Am 8. Juli referierte Kollege Stronitz (Pöhl) über das beifällig-aufgenommene Thema: „Arbeit und Kapital“. Er verstand es, diese beiden wichtigen Faktoren im Wirtschaftsleben leicht faßlich und doch gründlich zu schildern. Im Verlaufe seines Vortrags verurteilte er auch die Beschäftigungsbeschränkungen, die durch die Propagierung der christlichen Gewerkschaften in die Arbeitererschaft getragen wurden, während es bei dem Unternehmen keine zwei Richtungen der Koalition gäbe. Der Redner betonte ferner, daß von uns bisher strengste Neutralität in parteipolitischen und religiösen Beziehung gewahrt werden müsse. Bei Besprechung der bedauerlichen Berliner Disziplinwidrigkeiten erklärte aus der Versammlung kräftiger Protest gegen die dort beliebte vollständig falsche Auslegung des Tarifgesetzes und die Sinnlichung gewisser sozialdemokratischer Blätter. Der Vorsitzende dankte dem Redner für den gegebenen Vortrag und gab der Hoffnung Ausdruck, ihn bald wieder in unserer Mitte begrüßen zu können.

S.-r. Augsburg. In unserer am 15. Juli abgehaltenen sehr gut besuchten Mitgliederversammlung erstattete Gavourorsteher J. Seig (München) in dreiviertelstündigem Referate Berichte über den Gewerkschaftskongress, der mit großem Beifall und ohne Debatte entgegengenommen wurde. Diesem Bericht folgte ein sehr ausführliches Referat über die an obigen Kongress sich anschließende Gavourorsteherkonferenz und wurde in dieser Angelegenheit folgende Resolution mit ziemlicher Stimmeneinheit angenommen: „Die am 15. Juli 1911 im Vereinslokal „Zum Burggarten“ tagende, zahlreich besuchte Mitgliederversammlung des Ortsvereins Augsburg des Verbandes der Deutschen Buchdrucker spricht sich nach Anhörung eines Referats des Gavourorstandes Kollegen Joseph Seig über den Berliner Konflikt dahin aus, daß sie vollständig mit der auf der Gavourorsteherkonferenz gefaßten Resolution sowie mit den ergangenen Maßnahmen des Zentralvorstandes einverstanden ist. Sie verurteilt die fortwährenden beleidigenden Angriffe und Ausdrücke gegen unsre durch unser Vertrauen an die Spitze der Organisation berufenen Personen, welche ihr Alles einsetzen zum Nutzen und Wohl unserer Organisation.“ Die sehr imposant verlaufene Versammlung wurde mit einem Hoch auf den Verband geschlossen.

Braunschweig. (Maschinenmeisterverein. — Halbjahrsbericht.) Der Besuch unserer Monatsversammlung im verfloßenen Halbjahre kann als befriedigend bezeichnet werden. Mehrere Neuaufnahmen waren in jeder Versammlung zu verzeichnen. In beiden im Januar stattgehabten Versammlungen wurden die Wünsche, welche die Mitglieder zur Tarifrevision beruflich festgestellt wissen wollten, angehört. Zum 25-jährigen Jubiläum des Druckers- und Maschinenmeistervereins Hannover entsandte der Verein eine Deputation. Ein seit 1. Januar eingerichteter Vorbereitungskursus zur Meisterprüfung geht in nächsten Wochen zu Ende. Die Teilnehmer hieran waren stets vollständig anwesend. — Am 13. Mai hielt uns der Obmann der Zentralkommission der Maschinenmeister Deutschlands, Kollege G. v. Berlin, einen wohlbedachten Vortrag über „Fragen der Gegenwart“. In der Versammlung am 27. Mai erstattete Kollege Heinrich Ve-

richt über die Verhandlungen des Maschinenmeisterkongresses. Fast in jeder Versammlung wurde ein technischer Vortrag gehalten oder technische Fragen ventiliert. Ein Vortrag des Kollegen Müller über „Die richtige Herstellung resp. Zusammenfassung einer guten Walzenmasse und über Balzengießen“ sei besonders erwähnt. Möchten sich die wenigen uns noch fernstehenden Kollegen uns anschließen, um Hand in Hand mit uns die gesteckten Ziele verfolgen zu können.

Delitzsch. Am 1. Juli hielt der hiesige Ortsverein seine Monatsversammlung. Bezirksleiter Schönbein (Hauer (Galle) war erschienen, um einen Bericht über die Generalversammlung des Verbandes zu geben. Der Referent verstand es, die Kollegen mit seinem nahezu drei Stunden dauernden Vortrage zu fesseln. Eine Diskussion fand nicht statt, ein Zeichen, daß die Versammlung mit dem Vortrage voll und ganz einverstanden war. Anwesend waren 14 Kollegen. Nach dem Vortrage fand noch ein gemütliches Beisammensein statt.

Diedenhofen. Der Ortsverein „Gutenberg“ Diedenhofen feierte am 9. Juli sein diesjähriges Johannisfest. Gleichzeitig wurde auch die Feier des vierzig-jährigen Berufsjubiläums unseres Kollegen S. Kraude damit verbunden. Dem Feste schickten die Monatsversammlung voraus, die leider nur schwach besucht war. Die Feier selbst hatte indes eine große Anzahl Freunde und Bekannte der Jünger Gutenbergs zusammengeführt. Durch eine Begrüßungsansprache des Ortsvereinsvorsitzenden Weber wurde das Konzert für kurze Zeit unterbrochen. Er schilderte den Werdegang der Buchdruckerkunst und beglückwünschte den Jubilar. Mit einem Hoch auf den Verband sowie auch auf den Jubilar schloß die würdevolle Rede. Daran anschließend wurde dem Jubilar zur Erinnerung an die große Spanne Zeit, die er als Schwarzkünstler hinter sich hat, ein prächtiges Diplom überreicht. Den Abschluß des wohl gelungenen Festes bildete ein Ball, der die Teilnehmer in harmonischer Stimmung zusammenführte.

B.-C. Düsseldorf. Unser Bezirksverein feierte am 24. und 25. Juni sein diesjähriges Johannisfest, verbunden mit der Feier der 35-jährigen Verbandsmitgliedschaft und des 50-jährigen Berufsjubiläums des Kollegen Karl Brill. Der Sonnabend vereinigte die Kollegenhaft zu einem Herrenkommer, wobei unser Bezirksvorsitzender Vorn anerkennende Worte an den Jubilar richtete, welcher während seiner 35-jährigen Mitgliedschaft fast alle Vorstandsämter bekleidete. Zum Andenken an den demnächstigen Tag wurde dem Kollegen Brill eine silberne Schnupstasche überreicht. — Am Sonntag fand, vom schönsten Wetter begünstigt, ein Familienausflug nach Bösel statt, wo der übliche Johannisfestjubiläum- und -trubel herrschte. Wie bei allen unsern Veranstaltungen, so auch diesmal, trug der Gesangverein „Gutenberg“ dazu bei, das Fest in jeder Hinsicht zu gestalten, was es unsern Ortsvereins würdig machte.

Essen. Die Vereinarbeitung der Schriftgießer, Stereotypen und Galvanoplastiker des Gaus Rheinland-Westfalen hielt am 9. Juli in Krefeld ihre dritte Quartalsversammlung ab. Da der Vorsitzende Clausen erkrankt ist, übernahm Kollege Köhler (Dortmund) den Vorsitz. Nach üblicher Begrüßung hieß der zweite Bezirksvorsitzende von Krefeld, Kollege Stappe, die Anwesenden herzlich willkommen. Demnächst trug der Gesangverein „Typographia“ einige Begrüßungslieder ergöt vor, die mit großem Beifall belohnt wurden. Nach Genehmigung des Protokolls teilte der Vorsitzende unter „Geschäftliches“ mit, daß der technische Berater für Stereotypie, Kollege Wigan Gauß, von Düsseldorf nach Wiesfeld; Dorothienstraße 18, verzogen ist und seinen Posten weiterbesteht. In Wiesfeld soll versucht werden, einen Bezirksverein zu gründen und sind die Schritte dazu eingeleitet. Betreffs der Kongresspartien wurde beschlossen, einige Muster vorzulegen und soll dann Bestellungen erfolgen. Aufgenommen wurden zehn Kollegen, ausgeschlossen einer. Der Kassenbericht wies eine Einnahme von 247,10 Mk. und eine Ausgabe von 65,40 Mk. auf, somit Bestand am 1. Juli 181,70 Mk. In Zukunft soll der Kassenbericht auf den Einladungszeitungen Aufnahme finden. Die Revisoren sollen ferner nur vom Vororte gewählt werden. Kollege Köhler gab dann ein erschlappendes Bild über die Verhandlungen des Stereotypenkongresses. Wenn die Meinungen über einige Beschlüsse auch auseinandergingen, so erwartet die Versammlung doch von unsern Experten bei den Tarifverhandlungen, daß sie unsre Wünsche auch entsprechend zur Geltung bringen. Dem Referenten wurde der Dank der Versammlung abgestattet. Unter „Technisches“ wurden die Bezirke aufgefordert, die technische Rundsendung schneller zu erledigen, da diese über ein Jahr unterwegs sei. Der Gaubeitrag bleibt wie bisher, jedoch soll pro Mitglied ein einmaliger Extrabeitrag von 50 Pf. erhoben werden. Zum nächsten Versammlungsorte wurde Münster gewählt. Nach Erledigung einiger Interna war die Versammlung am Schluß angelangt.

Freiburg i. B. In einer von etwa 100 Kollegen besuchten Ortsvereinsversammlung erstattete am 8. Juli Gavourorsteher Lindenlaub Bericht über die Gavourorsteherkonferenz. Redner schilderte eingehend die Verhandlungen, deren Ergebnis die im „Korr.“ veröffentlichte Resolution bildete und gab ein Bild über die Ursachen, die zu den bedauerlichen Vorgängen führten. Die Wirkung derartiger Verstöße für die Zukunft wurde gleichfalls betont. In der anschließenden Diskussion gab zunächst Kollege Schulz seiner Meinung dahin Ausdruck, daß das Urteil des Tarifamts in Bezug auf die Anerkennung der Fähigkeit als Vertrauensmann zu fungieren, wohl einzig dastehende. Ein solches Urteil hätte nicht ge-

fällt werden dürfen. Infolgedessen werde es in Zukunft noch viel schwieriger sein, Vertrauensleute zu bekommen, als jetzt. Sache des Tarifamts wäre lediglich gewesen, zu entscheiden, ob Tarifbruch vorliegt, nicht aber, ob Kollegen entlassen werden sollen. Bei dem ganzen Vorfall hätten doch auch die eigenartigen Berliner Verhältnisse in Betracht gezogen werden müssen. Das erschütternde bewiesene Solidaritätsgefühl der Maschinenmeister sei dadurch michtachtet worden, daß man die Kollegen mit dem Ausschluß aus der Organisation bestraft habe. Ein schönes Zeichen von Kollegialität sei auch die Solidaritätserklärung der Kollegen von Woffe und Ulstein gewesen. Die Hauptursache der Affäre liege in dem falschen Schiedssprüche, welcher die Kollegen gewissermaßen der Verachtung preisgegeben habe. Kollege Hirth führte aus, man müsse sich einestells über die Vorkommnisse freuen, denn die Kollegen seien hinter ihren Vertrauensmännern gestanden, was leider durchaus nicht immer der Fall sei, und es wäre ungerecht, daß sie dafür bestraft würden. Wenn in Berlin Bestrebungen nach einer Absonderung vom Verband beständen, so würden diese durch beratige Urteile nur noch mehr gefördert. In seinem Schlußworte ging der Referent auf die vorgebrachten Einwände ein. Die Entscheidung des Tarifamts sei zu Recht erfolgt, denn es sei erwiesen, daß die Vertrauensmänner an dem Vorkommnisse die Hauptschuld trugen. Wenn die Kollegen den Tarifamtsentscheid nicht anerkennen wollten, hätten sie sich schon im Februar, als das Tarifamt sich ebenfalls mit einer ähnlichen Angelegenheit befaßte, zur Wehr sehen müssen. Der Zentralvorstand, der schon lange eifrig bemüht war, Ordnung in die Berliner Verhältnisse zu bringen, habe aber leider wenig Entgegenkommen gefunden. Die Stellung der Versammlung zu der in Frage stehenden Angelegenheit sollte durch eine Resolution, die sich mit der Gavourorsteherkonferenz einverstanden erklärte, zum Ausdruck gelangen. Die Abstimmung ergab 27 für und 22 Kollegen gegen die Resolution. Als auf ergangene Kritik dieser Abstimmung (die Hälfte der Mitglieder hatte sich gar nicht daran beteiligt) eine Wiederholung derselben verlangt wurde, wurde ein dahingehender Antrag mit 47 gegen 20 Stimmen abgelehnt. Es darf indessen angenommen werden, daß die überwiegende Mehrzahl der Kollegen hinter der Gavourorsteherkonferenz steht. (Wenn das der Fall ist, dann muß man sich tatsächlich wundern, daß dieser Standpunkt nicht couragierter zum Ausdruck gelangte bei der wichtigen Abstimmung. Red.)

E. Graudenz. Unser Ortsverein feierte am 8. Juli sein diesjähriges Johannisfest. Trotz der ungnädigen Witterung hatten sich der größte Teil der Kollegen, Vertreter und Mitglieder der Ortsvereine Elbing und Marienwerder sowie zahlreiche Gäste eingefunden. Ein recht gut gemächtes Konzert sowie Gorgengefang des Gesangvereins „Der Gesellige“ ließen trotz des getrübtet hieniederstehenden Regens keine Mißstimmung aufkommen. Für weitläufige Unterhaltung sorgten allerlei Veranstaltungen. Ein imposanter Fackelzug leitete zum Tanz über. Bei der Raffetafel wurden die auswärtigen Kollegen seitens des Vorstandes begrüßt und in kurzen Worten die Bedeutung der Johannisfeste für die Kollegialität hervor gehoben. Gleichzeitig aber auch die Kollegen ermahnt, in dem uns bevorstehenden Tarifkampfe treu zusammenzuhalten und den Führern mit Vertrauen zu begegnen. Die Vertreter der auswärtigen Ortsvereine sprachen darauf ihren Dank aus für die freundliche Aufnahme. Bis in die frühen Morgenstunden blieben die Teilnehmer in fröhlichster Stimmung beisammen. Die kostlose Herstellung der Druckfachen hatte die Druckerei „Der Gesellige“ übernommen, wofür ihr an dieser Stelle unser Dank ausgesprochen sei.

Salzstadt. (Vierteljahrsbericht.) Die am 29. April abgehaltene Versammlung hatte sich eines guten Besuchs zu erfreuen. Anwesend waren 57 Mitglieder. Eämtliche zehn am Ort ausgeleerte Kollegen konnten in unsre Reihen aufgenommen werden. Beschlossen wurde fobann noch, das Johannisfest in Form eines Saalfestes im „Obbaum“ zu feiern. — Die Versammlung am 27. Mai war von 62 Kollegen besucht. Trotz der wichtigen Tagesordnung, Bericht von der Generalversammlung, fehlten wieder jene Kollegen, die glauben, die Versammlungen entbehren zu können und durch wichtige Gründe ihr Fernbleiben entschuldigen. Nach dem geschäftlichen Teil erstattete uns Kollege Treff den Bericht von der Generalversammlung. In etwa anderthalbstündigen Ausführungen führte er uns den Gang der Verhandlungen vor Augen. An der sich anschließenden Diskussion beteiligten sich mehrere Kollegen. Dem Referenten wurde für seine klar verständlichen Ausführungen der Dank der Versammlung abgestattet. — Die am 1. Juli abgehaltene Versammlung zeitigte einen nicht gerade guten Besuch. Anwesend waren 48 Kollegen. Nach dem Kassenbericht fand der Kartellbericht Erledigung. Die Unterfertigung der durchreisenden und konditionslosen Kollegen zum Johannisfest wurde antragsgemäß festgelegt. Hierauf folgte noch die Erledigung einiger örtlicher Angelegenheiten.

Seidelsberg. Vom schönsten Wetter begünstigt, feierte unser Bezirksverein bei zahlreicher Teilnahme sowohl der hiesigen wie auswärtiger Kollegen am 8. und 9. Juli das Johannisfest, verbunden mit zehnjährigem Stifftungsfeier der Gesangsabteilung „Typographia“. Als Vorfeier fand am 8. Juli ein Gartenkonzert mit italienischer Nacht im „Erlgahaus“ statt. Am 9. Juli ging es mit klingendem Spiele nach Redergemünd, wo im „Pfug“ Einkehr gehalten wurde. Konzert, Gesang, Tanz sowie sonstige Unterhaltung sorgten bald für die richtige Stimmung. Besonderen Anklang fand die Rückfahrt mit festlich geschmücktem Extradampfer durch das

romantische Medartal. Ein Schlupfchoppen im Gängerheim „Eßighaus“ beendete die in allen Teilen wohl-gelungene Feier.

Hildesheim. Die hiesige Maschinenfabrikvereinigung hielt am 8. Juli eine gut besuchte Versammlung ab. Nach Begrüßung der Erschienenen durch den Vorsitzenden Kollwage referierte der Vorsitzende der Hannoverischen Maschinenfabrikvereinigung, Kollege D. Viehweger, über den Verlauf des Spartenkongresses. Er entlegte sich seiner Aufgabe mit viel Geschick und wußte seinen Vortrag sehr interessant zu gestalten. Der lebhafteste Beifall, welcher seinen Ausführungen folgte, mag als Beweis dafür dienen, daß die Hildesheimer Mitgliedschaft die in Hannover gefaßten Beschlüsse völlig gutheißt. Nach dem Dank an den Referenten fand die Versammlung ihr Ende.

München. Die Mitgliedschaft München feierte am 2. Juli ihr Johannisfest. In diesem Jahre wurde von der sonst üblichen Form abgewichen und die Feier in zwei Teile zerlegt. Am Vormittage fand eine Festversammlung statt. Nach dem vortrefflichen Vortrage des „Festlichen Präsidiums in E-dur“ von Rind durch Herrn Kontinkler Oskar Kraus und des Männerchors „Empor zum Licht“ von Uthmann durch die Gesangsabteilung des Vergnügungsvereins „Gutenberg“ hielt Kollege P. Graßmann (Berlin) die Festrede. In markanten Zügen schilderte der Redner die Entstehung und Bedeutung der Johannisfeste und zeichnete dann ein Bild der Situation in der Arbeiterbewegung im allgemeinen und im Buchdruckerberuf im besonderen. Ein Hoch auf unsere Organisation war der Ausgang seiner Rede. Hierauf folgte der Männerchor „In den Alpen“ von Hegar, ein weiterer Orgelvortrag von Herrn Kontinkler Kraus und zum Schluß der Vortrag der Nieder „Gute Nacht“ von Uthmann und „Wanderlust“ von Zöllner. Der rauschende Beifall, der jeder Nummer folgte, bestätigte die volle Zufriedenheit der Zuhörer mit dem Gebotenen. Am Nachmittag verammelten sich die Mitglieder mit ihren Angehörigen zu einem Gartenfest in Nymphenburg, das bei Konzert, Gesang und sonstigen Belustigungen ebenfalls den besten Verlauf nahm.

Bregenz. In einer am 8. Juli abgehaltenen außerordentlichen Versammlung, an welcher fast sämtliche Mitglieder und außerdem ein Kollege aus Österreich-Scharnbeck teilnahmen, erstattete unser Gauvorsitzer Oßika Bericht über die Generalversammlung des Verbandes und über die Gauvorsitzerkonferenz. In fast breisündigem, von den Anwesenden mit großer Aufmerksamkeit verfolgtem Vortrage gab der Referent ein klares Bild über die Verhandlungen. Reicher Beifall wurde ihm am Schluß zuteil und folgende Resolution einstimmig angenommen: „Die heutige Versammlung nimmt nach der Berichterstattung seitens des Kollegen Oßika (Breiten) von den Beschlüssen der Generalversammlung Kenntnis und erklärt ihr volles Einverständnis mit dem Beschlüssen, hofft aber auch, daß bei der Revision des Tarifs den berechtigten Wünschen namentlich der Provinzialen Rechnung getragen wird.“ In Sachen des Berliner Konflikts stimmte die Versammlung der Resolution der Gauvorsitzerkonferenz zu.

Waldenburg i. Schl. In der am 8. Juli stattgehabten gutbesuchten Monatsversammlung, zu der sich auch Gottesberger Kollegen eingefunden hatten, teilte der Vorsitzende Hoffmann näheres über das am 23. Juli in Rynau abzuhaltende Johannisfest mit. Die Anwesenheit des Gauvorsitzers Fiedler benutzte der Bezirksvorsitzende Böchel zu einer Anfrage, betreffend die Einführung von Quittungskarten im Gau Schießen. Es wies darauf hin, daß bereits in andern Gauen Einrichtungen getroffen seien, die es dem einzelnen Mitglied ermöglichen, sich jederzeit über seine Beitragsleistung in dem betreffenden Gau zu orientieren. Kollege Fiedler erwiderte darauf, daß der Gaukassierer die dadurch entstehende Arbeit zurzeit nicht leisten könne und machte den Vorschlag, daß sich unser Bezirk in dieser Sache mit andern Bezirken in Verbindung setzen möge. In der Debatte wurden die Unannehmlichkeiten nachgewiesen, die den Buchdruckern entstehen infolge Mangels eines Ausweises den andern Gewerkschaften gegenüber, bei Unzulänglichkeit, Kontinuität, Straftatensfällen usw., und es sollte weder Geld noch Zeit gespart werden, um vorläufig in den einzelnen Bezirken die Quittungskarten einzuführen. Den Bericht von der Gauvorsitzerkonferenz erstattete Kollege Fiedler in vorzüglicher Weise, und löste die Versammlung seine Ausführungen mit reichem Beifall. In der Diskussion wurde das disziplinarische Verhalten der Berliner Notationsmaschinenmeister scharf verurteilt. Die Resolution der Gauvorsitzerkonferenz machte die Versammlung zu der ihrigen.

Weimar. Die Versammlung am 8. Juli, die ausnahmsweise in dem benachbarten Oberweimar abgehalten wurde, hatte sich wiederum eines guten Besuchs zu erfreuen, was zum Teil wohl zurückzuführen war auf die erwartete Berichterstattung von der Gauvorsitzerkonferenz, über die Kollege Proj wegen der noch stattfindenden Bezirksvorsitzerkonferenz aber nur einen kurzen Auszug gab. Auch die Neuwahl des ersten Vorsitzenden, die sich wegen Berufswechsels des seit etwa drei Jahren an der Spitze des Weimarer Bezirks stehenden Kollegen Roth nötig machte, dürfte zu besserem Besuche Veranlassung gewesen sein. Diese Wahl soll jedoch erst in einer späteren Versammlung vorgenommen werden, damit zuvor die Vertrauensleute der einzelnen Druckereien mit dem Vorstand über geeignete Kollegen Stellung nehmen können. Nach Erledigung noch einiger interner Angelegenheiten, Abrechnungen, Besichtigung der Kreisversammlung in Halle usw. betreffend, wurde ein Heiter-

keitserfolg erzielt beim Verlesen eines „Typograph“-Berichts der Saalfelder Bezirksversammlung des dem achten Gebote gänzlich abholden christlichen „Sicherheitsventils“. Die Heiterkeit steigerte sich noch bei der in dem betreffenden Bericht erwähnten großen Enttäuschung darüber, daß sich in Weimar zwei Hehrlinge über die Frage: „Verband oder Gutenbergsbund“, beinahe die Schäbel eingehauen haben sollen. Bei dieser Gelegenheit wurden aus der Versammlung noch einige, den Tugendbund charakterisierende Bravourstücke zum besten gegeben und gleichzeitig der letzte „große“ Mitgliederangabe illustriert aus den Reihen der Klausreifer der ehemaligen karituntreuen Firma Unruh.

Zwidau i. S. Zwei Jubilare zu ehren galt es in letzter Zeit für unsere Mitgliedschaft. Kollege Edwin Knüpfer konnte auf eine 25jährige Verbandszugehörigkeit zurückblicken. Aus diesem Anlaß vereinigte sich eine größere Anzahl Kollegen zu einem Kommerz, um dem Jubilare ein Angebinde und Glückwünsche zu überbringen. Ferner sind 50 Jahre verfloßen, seit unser alter Kollege Hermann Seiß in die ersten Begriffe unserer Kunst eingeweiht wurde und seine Buchdruckerlaufbahn begann. Der leider schwer erkrankte Kollege, der bereits im Jahre 1908 sein 40jähriges Verbandsjubiläum begehen konnte, wurde ebenfalls durch Überreichung eines Blumenkränzes geehrt. Beide Jubilare haben in schweren Zeiten treu zur Sache des Verbandes gehalten, zum leuchtenden Beispiele für uns jüngeren Kollegen (die im allgemeinen leider geneigt sind, den mühsam erfolgten organisatorischen Aufbau des Verbandes als eine Selbstverständlichkeit zu betrachten. Red.)

Richtigstellung.

Kollege Mag. Obel, der stellvertretende Beihilfenkreisvertreter in Berlin, schreibt uns:

Der Bericht über die außerordentliche Generalversammlung (Nr. 79) läßt mich u. a. sagen: „Der die Dinge in den letzten zehn Jahren verfolgt habe, wisse, wie die Provinz immer gegen Berlin scharf gemacht worden sei.“ Diese Auslassung stammt nicht von mir, sondern vom Kollegen Mussial. In meiner Polemik gegen den Kollegen Mussial habe ich dem Sinne nach ausgeführt, daß er wenig Veranlassung zu solchen Aus-sprüchen hat, denn wenn in der deutschen Kollegen-schaft über die Berliner eine irrtümliche Meinung besteht, so war es gerade Mussial, der vor und auf der Dresdner Generalversammlung das Menschenmögliche geleistet hat, die Berliner bei der Gesamtkollegen-schaft zu dis-kreditieren.

Rundschau.

Ferien! In Darmstadt bewilligte die F. C. Serbertsche Hofbuchdruckerei (Nachfolger Dr. A. Koch) ihren Beihilfen bei fünfjähriger Geschäftszugehörigkeit drei und nach zehnjähriger sechs Tage Erholungsurlaub. 20 Beihilfen treten in den Genuß dieser Vergünstigung. Ebenfalls führte auch die L. C. Wittichsche Hofbuchdruckerei auf der Grundlage zehnjähriger Karenz Ferien ein. Hierbei kommen 34 Kollegen in Betracht. — In Verna (Mar) gewährte die Buchdruckerei von E. Grüner ihren Beihilfen nach einjähriger Geschäftszugehörigkeit drei freie Tage und die Buchdruckerei von M. Löhde die gleiche Vergünstigung, jedoch ohne besondere Karenz. — In Wernigerode bewilligte die Buchdruckerei von Rudolf Werthaler bei einjähriger Karenz drei Tage Erholungsurlaub und ebenso die Buchdruckerei von Gustav Brösch an gleichen Orte solchen ohne jede Karenz.

Der Verein deutscher Zeitungsverleger hatte in seiner jüngsten Hauptversammlung u. a. einen Beschluß gefaßt, der seine Mitglieder verpflichtet, tarifliche Bewilligungen ohne Zustimmung des Vorstandes nicht eintreten zu lassen. Der ganze Wortlaut dieses Beschlusses mußte bei jedem Leser den Eindruck hervorrufen, daß der Zeitungsverlegerverein für sich in Anspruch nimmt, die Durchführung der Beschlüsse des Tarifausschusses erst von der besonderen Genehmigung seines Vorstandes abhängig zu machen. Inzwischen ist dieser Beschluß auch auf einer Versammlung der schlesischen Zeitungsverleger angenommen und in Form einer Resolution veröffentlicht worden. Dem Geschäftsführer des Tarifausschusses, Kollegen Schließ, ist infolge dieser erneuten Publikation eine Reihe von Zuschriften aus Beihilfenkreisen zugegangen, die denselben veranlassen, beim Vorstande des Zeitungsverlegervereins eine Anfrage über die Auslegung dieser Resolution zu halten. Der genannte Vorstand hat hierauf mitgeteilt, daß der Zeitungsverlegerverein besondere Rechte gegenüber den etwaigen Beschlüssen des Tarifausschusses nicht für sich in Anspruch nehme, sondern daß auch für die Mitglieder dieses Vereins die Beschlüsse gelten müßten. Die Resolution sei nur so aufzufassen, daß die Mitglieder des Vereins sich nicht auf Einzelbewilligungen ihren Personalien gegenüber einlassen sollen, falls die Verhandlungen des Tarifausschusses zu einem friedlichen Ausgange und zu einer neuen Tarifvereinbarung nicht führen sollten. Wir hatten in unserem zweiten Artikel „Berlin — Hamburg — Hannover“ (Nr. 73) dieser Deutung schon Raum gegeben und finden die Richtigkeit derselben durch Vorstehendes also nur bestätigt. Immerhin müssen wir sagen, daß der Zeitungsverlegerverein in der ganzen Frage der Tarifrevision eine Haltung einnimmt, wie sie vom Deutschen Buchdruckerverein und vom Verbandsgehilfenrat vermieden wird. Diese beiden Tarifkontrahenten befinden bei jeder Gelegenheit, wie sehr ihnen um einen friedlichen und beifriedigenden Ausgang der Tarifverhandlungen zu tun

ist. Der Zeitungsverlegerverein jedoch nimmt auf seiner Generalversammlung eine Resolution zur Tarifrevision an, die einmal für die Öffentlichkeit recht deutungsfähig ist, zum andern aber erkennen läßt, daß man auf jener Seite fast mit einem Scheitern der Verhandlungen im Herbst rechnet und demgemäß schon Vorkehrungen trifft. Das hat nicht nur eine starke Beunruhigung der Beihilfenschaft zur Folge, sondern bringt den Zeitungsverlegerverein auch in den Verdacht, von allzu großer Friedensliebe nicht beherzigt zu sein. Wie schon einmal gesagt an dieser Stelle: Wenn der Verband so reaktivieren würde zur Tarifrevision, die Zeitungsverleger würden in ihrem Organe sicher recht scharfe Töne über die Kampfs-timmung der Beihilfen anschlagen.

„Sonderbare Zeitungsverlegermische“. Zur Notiz in Nr. 72 unter vorstehender Stichmarke ging uns vom Rechtsanwalt Eichold in München folgende Berichtigung zu: „Es ist unrichtig, daß der Verlag des „Simplizissimus“ einer Selbstkellerei das Angebot gemacht hat, Sekt als Autorgehenke zu liefern und den Betrag der Rechnung durch Inzerate in Aus-gleich zu bringen. Der Verlag des „Simplizissimus“ ist mit dem Verlage des „März“ weder identisch, noch hat er damit etwas zu tun. Der „Simplizissimus“ wird nicht von der Firma Albert Langen, Verlag, sondern von der Firma „Simplizissimus“-Verlag G. m. b. H. verlegt. Wichtig ist lediglich, daß von dem Verlage des „März“ einer Selbstfirma ein Gegengeschäft in Anknüpfung auf mehr-jährige Geschäftsbeziehungen und Gegengeschäfte vor-geschlagen worden ist. Nach dem mir zur Einsicht vor-gelegten Schriftwechsel des Verlags des „März“ mit der betreffenden Selbstfirma ist das vorgeschlagene Gegen-geschäft nur ein Glied in einer Reihe von Gegengeschäften, bei denen weder der Verlag des „März“ noch die Selbst-firma Jahre hindurch etwas gesunden haben, was be-denklich wäre oder allgemein geübter Verlegerpraxis wider-spricht. Der Verlag des „Simplizissimus“ scheidet über-dies in dieser Sache schon deshalb aus, weil sein Inzeratenteil seit Jahren an eine Berliner Firma ver-pachtet ist, so daß der Verlag auf die Gestaltung des Inzeratenteils keinen Einfluß nimmt.“

Ein deutscher Zeitungskönig, August Hud in Frankfurt a. M., ist vor einigen Tagen im Alter von 62 Jahren gestorben. Hud war Mitbesitzer an über 20 großen deutschen Zeitungen. Er führte die „General-anzeiger“ ein und durch. Fast über das ganze Deutsche Reich spannte sich das Netz seiner Gründungen.

Zur Tarifbewegung der Buchdruckerbuchbin-der in Berlin berichtet die Tagespresse, daß der neue Vertrag in Berlin zwar von 16 Buchdrucker-einrichtungen anerkannt worden, jedoch vom Vereine der Berliner Buchdrucker-einnehmer ein Zirkular an dessen Mitglieder ergangen sei, worin ihnen eine mehr abwartende Stellung hinsichtlich der „Bismarck“-Einbinder“ wurde. Auf dem Zirkulare darauf aufmerksam gemacht, daß bei Ein-führung des Stundenlohns die Feiertagsbezahlung in Wegfall komme. Den Prinzipalen soll dadurch die An-nahme des Tarifs schmackhafter gemacht werden, während die Beihilfen in einer solchen Auslegung eine wesentliche Verschlechterung erleiden, die mit der Bestimmung des neuen Tarifs, daß bestehende bessere Lohn- und Arbeits-bedingungen nicht verschlechtert werden dürfen, im Wider-spruch steht.

Arbeiter- und Gewerkschaftssekretär gesucht. Für das Sekretariat in München wird eine tüchtige Kraft gesucht, die fähig ist, alle dort vorkommenden Arbeiten, insbesondere die Vertretung vor den Spruchinstanzen der Arbeiterversicherung, zu leisten. Volle Kenntnis der Ge-werkschaftsbewegung ist erforderlich. Die Anstellung er-folgt auf Grund der Bestimmungen des Vereins Arbeiter-pressen. Dienstjahre, die in gleicher Stellung zugebracht wurden, werden angerechnet. Bewerbungen, die die bis-herige Tätigkeit in der Arbeiterbewegung enthalten, sind bis spätestens 1. August 1911 mit der Aufschrift „Arbeiter- sekretär“ zu richten an J. Kurth, Vorsitzender des Gewerkschaftsvereins München, Blumenstraße 21 I.

Gewerkschaftsbeamter gesucht. Für die sozial-politische Abteilung der Generalkommission wird ein ge-werkschaftlich und politisch gut geschulter Beamter gesucht. Seine Hauptarbeit würde sein, regelmäßig — zum Zwecke der Materialsammlung für das Archiv — die gewerkschaftliche und politische Presse durchzuarbeiten. Bewerber wollen sich an C. Legien in Berlin SO 16, Engelauer 15, wenden.

Arbeiterbesteuerung durch die Gewerkschaften. Eines der beliebtesten Themen in allen Schmarfacherlästern ist das von der Besteuerung des Arbeiters durch die Ge-werkschaften. Es wird darüber in letzter Zeit folgen-dermaßen fabuliert: „Die sozialdemokratischen Gewerkschaften tragen sich bekanntlich mit dem Gedanken, eine besondere große Kriegskasse zu schaffen, welche aus Beiträgen der Mitglieder sämtlicher Zentralverbände, die der Generalkommission der Gewerkschaften angeschlossen sind, auf-gebracht werden soll. Diese Kasse soll bei „großen Kämpfen“, welche über die Machtmittel der einzelnen Fachverbände hinausgehen (wie: bei politischen Machtkämpfen), den nötigen Rückhalt bieten, damit die Gewerkschaften nicht wie bisher darauf angewiesen sind, mit dem Klingelbeutel herumzugehen. Bei der neuen Ertragssteuer soll es sich um einen Wochenbeitrag von 5 Pf. handeln; nach Abgabe der Mitgliederzahl würde die neue Kasse nach Ablauf des ersten Jahres etwa 5 Millionen Mark erreicht haben. Es liegt auf der Hand, daß dieser Fonds nur eine neue Angriffs-waffe zur Durchführung von Streiks bedeutet, weshalb der Plan der Gewerkschaften die ernsteste Be-

achtung der Arbeitgeberkreise verdient. Auf der andern Seite liegt darin eine abermalige Steigerung der sozialdemokratischen Belastung der Arbeiterklasse, die, proportional gemessen, vorher schon bei weitem das übersteigt, was Staat und Gesellschaft von ihren reichsten Bürgern und den höchsten Einkommen verlangen. Man hat ausgerechnet, daß die gewerkschaftliche Belastung eines organisierten Arbeiters jetzt schon, gering gerechnet, 1 M. pro Woche beträgt; das bedeutet, wenn man ein Durchschnittseinkommen von 1000 M. zugrunde legt, eine direkte Einkommensteuer von 5,2 vom Hundert! Rechnet man hierzu noch die Steuern für die politische Organisation mit mindestens 1 1/2 M. monatlich, also 18 M. jährlich, so ergibt sich eine Gesamtbelastung von 7 vom Hundert, während bekanntlich die preussische Staatseinkommensteuer selbst bei den höchsten Einkommen nicht über 4 vom Hundert hinausgeht. Dazu soll nun noch die neue Belastung von 5 Pf. pro Woche treten, so daß man wohl berechtigt ist, zu sagen, daß die Steuerlast, die Staat und Gemeinde ihren Bürgern auferlegen, gering ist gegenüber den Ausgaben, die die Sozialdemokratie und die ihr angeschlossenen Gewerkschaften von den Arbeitern fordern. Selbst wenn es wahr wäre, was hier geschrieben wird, (bekanntlich hat die Schaffung eines solchen Fonds zunächst noch gute Wege), so sind Vergleiche mit den vom Arbeiter aufzubringenden Staats- usw. Steuern einfach unsinnig. Seine Beiträge zur gewerkschaftlichen oder politischen Organisation charakterisieren sich als ein überaus gut verzinsliches Kapital, das ihm im Gegensaße zur Staatssteuer reiche Vorteile bringt. Über auch die als üblich bezeichnete Belastung des Arbeiters mit 1 M. pro Woche — „wie man ausgerechnet hat“ — ist Schwandel. Im Jahre 1909 zahlten nur 33 Proz. der Mitglieder über 50 Pf. Wochenbeitrag, 87 also noch darunter. Im Durchschnitt entfielen auf das Gewerkschaftsmitglied 27,57 M. Einnahme. Die Einnahme an Beiträgen ist noch geringer. Von dieser Summe gingen jedoch 15,85 M. in Form von Unterstüßungen aller Art wieder an die Mitglieder zurück. Nicht gerechnet sind dabei die außerordentlichen, durch Lohnbewegungen errungenen Vorteile sowie die Arbeitszeiterleichterungen.

Die politischen Handwerkerverbände. Eine Konferenz der deutschen Handwerkerverbände tagte am 9. Juli in Kassel zu dem ausschließlichen Zwecke, hinsichtlich der kommenden Reichstagswahlen eine einheitliche Haltung der deutschen Handwerkerverbände in politischen Fragen zu erstreben. Die Beratung schloß mit folgender einstimmig angenommener Entschließung: „Die am 9. Juli 1911 in Kassel versammelten Vertreter deutscher Handwerkerverbände sind der Meinung, daß die gegenwärtige Zersplitterung in verschiedene Bünde den wirtschaftspolitischen Forderungen des deutschen Handwerks sehr schädlich und baldmöglichst zu beseitigen ist. Sie beschließen daher, sich zu vereinigen, um eine einheitliche Haltung des deutschen Handwerks in wirtschaftspolitischen Fragen zu ermöglichen. Es sollen die bestehenden Bünde unter Beibehaltung ihres Bestandes und ihrer statutarischen Aufgaben zu einer Vereinigung zusammentreten. In Bundesstaaten und Provinzen, in denen noch keine Handwerkerverbände bestehen, sind solche zu begründen und der Vereinigung anzugliedern.“ Ferner wurde beschlossen, in einigen größeren Städten Deutschlands im Herbst Handwerkerversammlungen abzuhalten, in denen die Gründung von Handwerkerbünden gefordert werden soll. Die erste Versammlung dieser Art wird voraussichtlich in Magdeburg stattfinden. Man könnte nun gespannt darauf sein, ob sich nicht eine Behörde findet, die die Handwerkerbünde als politische Vereine betrachtet und sie dementsprechend mit gleichem Maße mißt, wie solches gegenüber den deutschen Gewerkschaften immer und immer wieder versucht wird. Darauf wird man jedoch vergebens warten. Denn nirgends treffbarer als hier gilt das Wort: Wenn zwei das selbe tun, ist es nicht das selbe! Die Handwerkerverbände haben eben einen großen Kopf, die freien Gewerkschaften gar keinen. Daher die unterschiedliche Behandlung!

Die Jahresversammlung der Ortskrankenkassen Deutschlands wurde vom 9. bis 12. Juli in Dresden abgehalten. Es waren etwa 800 Delegierte anwesend, ferner je ein Vertreter des Reichsversicherungsamts, des sächsischen Ministeriums, der Kreishauptmannschaft Dresdens und der Stadt Dresden, außerdem Vertreter österreichischer und ungarischer Krankenkassenverbände. Die Tagesordnung drehte sich hauptsächlich um die neue Reichsversicherungsordnung. In seiner Eröffnungsrede hob der Vorsitzende Fräßdorf hervor, daß die Vertreter der Krankenkassen trotz aller Verleumdungen in der Vergangenheit gute Arbeit geleistet hätten; sie würden das auch in Zukunft trotz der Reichsversicherungsordnung tun. Es sei eine wahrhaft soziale und nationale Tat, die breiten Massen des Volks wirtschaftlich, sozial und sittlich zu heben. Es wäre jetzt nicht an der Zeit, Kritik zu üben, man müsse sich vielmehr mit den Bestimmungen des neuen Gesetzes abfinden. Auf das Verhältnis der Kassen zu den Ärzten übergehend, betonte er, daß die Kassen den angebotenen Kampf aufnehmen und mit allen Mitteln die Rechte der Versicherten wahren würden. Er hoffe, daß die Behörden dabei die Kassen unterstützen werden. Hierauf erwiderte der Präsident des Reichsversicherungsamts, daß seine Behörde bestrebt sei, mit den Krankenkassen zusammen zu arbeiten. Über den Aufbau der Behördenorganisation referierte dann Justizrat Meyer aus Frankfurt, indem er die einschlägigen Paragraphen der Reichsversicherungsordnung in instruktiver Weise erörterte. Er stellte fest, daß die Aufsichtsbehörde kein Recht habe, den Beamten und An-

gestellten religiöse oder politische Gesinnung vorzuschreiben. In einem weiteren Referat über Maßnahmen zur Verhütung von Krankheiten empfahl Albert Cohn (Berlin) den Ausbau der Krankenkassen und die Beteiligung der Frauen daran, ferner die Veranstaltung von Ausstellungen über die Gefahren des Alkoholismus, der Tuberkulose und der Geschlechtskrankheiten; auch der Wohnungsfrage soll nach seinen mit großem Beifall aufgenommenen Darlegungen außerordentliche Beachtung geschenkt werden. Für weitgehenden Ausbau der Leistungen trat Witt (München) ebenfalls in einem besonderen Referat ein. Über die Träger der Versicherung sprach Pollender (Leipzig). Er referierte die aufrechterhalten gebliebene Zersplitterung der Kassen und würdigte die Bestrebungen der Sozialpolitiker, die eine größere Zentralisation herbeiführen wollten. Er besprach die Möglichkeit, Kassenverbände oder Kassensektionen zu gründen und appellierte an den Kongress, alle Bestimmungen des neuen Gesetzes genau zu berücksichtigen, die den Weg zur Zentralisation ermöglichen. Über die zukünftige Verfassung der Krankenkassen referierte Graf (Frankfurt). Schon aus rein fiskalischen Interessen müßten höhere Beitragsklassen durchgeführt werden. Scharf wandte er sich gegen die Beschränkung der Mitgliedschaft durch die Bestimmung, daß freiwillige Mitglieder, die über 4000 M. Einkommen haben, aus der Kasse ausscheiden müssen. Hinsichtlich des Wahlrechts empfahl er, sich möglichst in den Kassenvorständen über den Vorliegenden zu einigen, damit nicht der beamtete „Selbstwebel“ die Leitung der Krankenkasse in die Hände bekomme. In 99 von 100 Fällen hätten bisher beide Teile friedlich zusammen gewirkt, warum soll das nicht in Zukunft möglich sein? Wenn wirklich Arbeitgeber den Vorliegendenposten bekämen, so hätten sie es doppelt schwer, denn sie seien eigentlich nicht die Vertrauensmänner der Versicherten, wie es die jetzigen Kassenvorstände aus dem Arbeiterstande sind. Das Verhältniswahlsystem charakterisierte Graf als eine Farce. Denn es sei damit möglich, daß zwei Großindustrielle, die viele Arbeiter beschäftigten, 200 oder 300 Kleinmeister überstimmen könnten. Über das Angestelltenrecht sprach ebenfalls Justizrat Meyer (Frankfurt). Er bezeichnete es als unmöglich, daß nach den neuen Bestimmungen der Tarifvertrag, der in Regensburg zwischen Beamten und Kassen abgeschlossen wurde, noch in allen Teilen aufrecht erhalten bleibe. Denn bindende Tarifverträge, die nicht in Einklange mit der Dienstordnung ständen, seien nicht mehr möglich. Bemerkenswert aus den Darlegungen dieses Redners ist ferner die Feststellung, daß die Dienstordnung nicht von der Zustimmung der Beamten abhängig sei, diese brauchten nur gehört zu werden. Das Verhältnis zwischen Ärzten, Apothekern und Krankenhäusern besprach Starke (Dresden). Den Ärzten kündete er nochmals entschlossener Widerstand an, soweit sie in ihrer Forderung über das Pfändungsrecht, was ihnen die Reichsversicherungsordnung einräumt. Die Regelung der Beziehungen zu den Apothekern und Krankenhäusern sei sehr ungünstig, besonders den übertriebenen Forderungen der Apotheker seien die Kassen ziemlich ausgeliefert. In der Debatte zu diesem Punkte kam es zu einem scharfen Zusammenstoß zwischen Fräßdorf und Pollender (Leipzig). Der letztere hatte auf dem Kongress eine Broschüre zugunsten der freien Ärztenwahl verteilen lassen und dadurch die große Mehrheit des Kongresses zum Widerspruch herausgefordert. Auch seine dazu vorgebrachten Gründe fanden beim Kongresse keinen Anklang. Sie wurden mit lebhaften Protestrufen beantwortet. Am vierten und letzten Verhandlungstage wurde über die Tarifrfrage verhandelt mit dem Resultate, daß beschlossen wurde, auf neue eine Tarifgemeinschaft zu versuchen. Nach Erledigung einer Reihe geschäftlicher Fragen, Wahlen usw. wurde der Kongress mit einem kurzen Schlußwort Fräßdorfs, worin er besonders betonte, daß die Verhandlungen wieder gezeigt hätten, wie schieblich und friedlich in den Krankenkassen die Arbeiter- und Unternehmervertreter miteinander zu arbeiten verstehen, geschlossen.

Zur Rechtschreibung des Datums veröffentlichte der Allgemeine Deutsche Sprachverein, der sich die Aufgabe gestellt hat, den Sinn für Reinheit, Nichtigkeit und Schönheit der deutschen Sprache zu wecken, nachstehende Belegung: Seit Wustmann es als ein Zeichen der immer mehr zunehmenden Verrohung des Sprachgefühls und als einen abscheulichen Fehler gebrandmarkt hat, daß man immer „am Donnerstag, den 13. August“ schreibe, seitdem meinen viele Deutsche wirklich, nicht mehr so schreiben zu dürfen, und immer mehr andre bitten den „Sprachverein“ um ein Gutachten. Nun, wie an vielen andern Stellen hat auch hier Wustmann über die Schnur gehauen. Und selbst: eigentlich gibt er in dem, wovon er ausgeht, den Grund an, weshalb der „Fehler“ eigentlich gar kein Fehler ist. Er sagt nämlich, jede von beiden Fügungen für sich allein sei richtig; nur beide zusammenzulassen, sei gretulich. Diese seine Folgerung aber ist falsch; denn es ist weder gretulich noch abscheulich, so zu schreiben. Zwar wenn man keinen Beitrag, kein Komma zwischen die beiden Zeitangaben setzt, wenn man also schreibt „am Donnerstag den 13. August“, dann macht man einen bösen Vorstoß gegen das Sprachgefühl; denn das Komma ist hier vor „den“ unbedingt nötig, weil eben zwei Fügungen gleicher Bedeutung, aber ganz verschiedener Art nebeneinander stehen. Steht aber der Beitrag, dann ist alles richtig; nicht das Wort „Donnerstag“ allein, das im Wustmann steht, wird durch den Beitrag erklärt und ergänzt, sondern die ganze Fügung „am Donnerstag“ erhält einen Veißag, und der kann seine feste Form ruhig behalten. Es stehen hier eben zwei

festen Formeln nebeneinander, getrennt durch eine deutlich hörbare Pause, die einem „nämlich“ entspricht, das man in Gedanken beifügt; eine Pause, die also in Schrift und Druck durch das Komma angedeutet werden muß. Ist es doch auch umgekehrt so, denn wer würde Anstoß nehmen an dem Satz „Den 15. Juli, am Sonntag, wird das Fest sein“ oder „Den 2. August, an einem Freitag, ist er gestorben“? Man stellt ja auch andre Fügungen der Zeit nebeneinander und sagt etwa: „Eines schönen Tags, den 18. April, kam er plötzlich aus Amerika zurück“ oder: „Eines schönen Tags, am 20. Dezember, war unser Haus ganz eingeschneit“. Also man braucht keinen Anstoß zu nehmen an der sofen Nebeneinanderstellung verschiedener, aber gleichwertiger Zeitbestimmungen. Wer es aber doch tut, nun der sehe auch den Tag in den Wustmann und sage und schreibe — wie das auch Wustmann anrät — „Dienstag, den 4. März“, wenn er nicht das von andern daneben empfohlene, aber von Wustmann später als unbeachtliche Folgerung aus seiner Mahnung abgelehnte „am Dienstag, dem 4. März“ anwenden will, das aber hier wiederum manchen gar zu peinlich erscheint. — Anders liegt die Sache bei einigen andern Verhältnissen, wozu die wirklich auf die zweite Hälfte dieser Fügungen mit einwirken, in der also nicht die einfache Akkusativfügung unverändert bleiben darf. Es muß daher heißen: Vom (oder von) Montag, dem 9. d. M., an; er wurde zum Dienstag, dem 8. Juni, eingeladen; das Fest dauerte vom Samstag, dem 9., bis zum Dienstag, dem 12. März (oder vom Samstag, dem 9., bis Dienstag, den 12. März, da „bis“ allein mit dem Wenfalle verbunden wird: bis nächsten Monat, bis diesen Tag usw.).

Literarisches.

„**Altmüchs Adreßbuch der Druckereien des Deutschen Reichs 1911.**“ Der sechsten herausgegebene staltliche Band dieses wofl in den meisten deutschen Druckereien heimisch gewordenen Adreßbuchs schließt sich seinen Vorgängern würdig an. Trotz Vermehrung um über 400 Brevetten und sonstiger wertvoller Ergänzungen, hat das Buch von seiner Handlichkeit und Übersichtlichkeit nichts eingebüßt und macht seinen Herausgebern, die schon seit vielen Jahren sich große Mühe geben, ihr reiches Können und Streben den graphischen Gewerben nutzbar zu machen, alle Ehre. Das Herausgeben der Zusammenstellung eines solchen Werkes läßt es zwar mit dem besten Willen nicht vermeiden, daß einzelne Unrichtigkeiten oder Fehler mit unterlaufen, das kann aber den allgemeinen Wert dieser Arbeit für alle „bodenständigen“ Buchdruckereien und verwandte Betriebe nicht abschwächen. Das Buch ist wert, in allen Kontoren der graphischen Industrie als ständiges Inventarstück einen Platz zu haben. Die näheren Bezugsbedingungen sind vom Verlage von Altmüch & Co. in Frankfurt a. M. zu erfahren.

Verschiedene Eingänge.

„**Typographische Rundschau.**“ Monatschrift zur Wiedergabe von Druckfachen aus Buchdruckereien, Schriftgießereien, Fachvereinen usw. Herausgeber Jos. Wienand in Bonn. Vierteljährlich 75 Pf., Einzelsäfte 30 Pf., durch die Post, den Buchhandel oder den Herausgeber.

„**Wörterbuch der deutschen Einheitschreibung.**“ Nach den Beschlüssen des Königl. Preussischen Staatsministeriums vom 11. Juni 1903 bearbeitet von Dr. Otto Sarazin. Vierte vermehrte Auflage (19. und 20. Tausend). Berlin 1911. Verlag von Wils. Ernst & Sohn. Preis 80 Pf.

„**Die Lesef.**“ Literarische Zeitung für das deutsche Volk. Herausgegeben von Theodor Ebel und Georg Muffner. Heft 25—27. Erscheint jeden Sonnabend. Die Geschäftsstelle der „Lesef.“, München, Rindermarkt 10, versendet an alle, die es wünschen, gratis und franco Probenummern.

Briefkasten.

„**G. E. in Krefeld:** Wir können trotzdem von solchen Jubiläen keine Notiz nehmen. — **F. G. in Hannover:** Wird aufgenommen. — **D. 7:** Erhalten. Findet demnächst Berücksichtigung. — **G. R. in Osnabrück:** Warum wollen Sie das nicht tun? Im übrigen für gute Meinung kollegialen Dank. — **Nach Berlin:** Ihr Brief hat unter den uns aus Berlin übermittelten Bestimmungen in der Redaktion den besten Eindruck gemacht. Verbandsleitung wie Redaktion würden sich freuen, wenn die von Ihnen vertretene Meinung die des größeren Teils der Berliner Kollegenschaft wäre. Dann würde es wohl auch in Berlin einmal wieder anders werden und für unsere Verbandsache viel damit gewonnen sein. — **G. M. in Schw.**: Druckfachen vom 15. Stiftungsfeste recht interessant. — **G. K. in Köln:** Nr. 47 von 1909. — **G. R. in Kirchhain:** 2,30 M. — **J. G. in Krefeld:** 5,15 M.

Da wir durch die Aufforderung in Nr. 79 in dem Besiß der gewinnlichen „Korr.“-Zahrgänge gelangt sind, erkläre ich die Einlieferung von weiteren Angeboten. Allen Einsendern von Offerten besten Dank!

Verbandsnachrichten.

Verbandsbureau: Berlin SW 29, Mariendorfer Straße 13 I.
Fernsprechamt 71, 11101.

„**Ernst.**“ Der Schweizerberg Kurt Pabst aus Zinnenau, welcher in Arnstadt konditioniert und im April ohne Buch abgereist ist, wird zum zweitenmal aufgefordert, seine Adresse innerhalb acht Tagen an G. Sonnen-

stätt, Karlstraße 16, gelangen zu lassen, widrigenfalls Ausschluß beantragt wird.

Blauen. Der Schneidergegend Louis Zimmermann, welcher abreise ohne sich abzumelden, wird hiermit aufgefordert, seinen andern Verpflichtungen dem Kassierer Robert Rinke, Albertstraße 63 II, nachzukommen, andernfalls Ausschluß beantragt wird.

Adressenveränderungen.

Burg 5. M. Vorsitzender: Magimilian Steffenhagen, Herbststraße 2.

Essen. (Stereotypen- und Galvanoplastikervereinigung für den Gau Rheinland-Westfalen, Vorort Essen.) Vorsitzender: Jos. Claßen, zurzeit Salzaufen, Pension Grelle, Wustener Straße 30. Alle Zuschriften sind bis auf weiteres an den Kassierer Jakob Dieblich in Essen, Waldhaujenstraße 2 II, zu richten.

Greifswald. Kassierer: Frig Krüger, Braustr. 28 II.

Offenburg. Vorsitzender: Franz Wolf, Molltstraße 52 III.

Zur **Aufnahme** haben sich gemeldet (Einwendungen sind innerhalb 14 Tagen nach Datum dieser Nummer an die beigeigte Adresse zu richten):

In **Valen** der Maschinenseher Hermann Sohnloser, geb. in Karlsruhe 1874, ausgl. daf. 1893; war schon Mitglied. — Karl Knie in Stuttgart, Heutzeitstraße 54 p. In **Vonn 1.** der Seher Ernst Kurbach, geb. in Altendern 1892, ausgl. daf. 1910; 2. der Bruder Otto Dlgarten, geb. in Gr.-Dschersleben 1877, ausgl. in Vonn 1907; waren noch nicht Mitglieder. — In **Wodesberg** der Seher Franz Lindner, geb. in Vonn-C. 1893, ausgl. in Wodesberg 1911; war noch nicht Mitglied. — In **Wummersbach** der Maschinenseher Franz Sobol, geb. in Maßenburg 1891, ausgl. daf. 1909; war noch

nicht Mitglied. — In **Rinderoth** die Seher 1. August Obfstäd, geb. in Altena i. W. 1889, ausgl. daf. 1907; 2. Friedrich Probst, geb. in Klostermansfeld 1891, ausgl. in Gebirgen (Schl.) 1909; waren schon Mitglieder. — Th. Balbus in Vonn-W., Burggartenstraße 14.

In **Eberfeld** die Seher 1. Mar Lärnan, geb. in Königsberg 1890, ausgl. in Eberfeld 1908; war noch nicht Mitglied; 2. Rudolf Pfeffer, geb. in Eberfeld 1886, ausgl. daf. 1904; war schon Mitglied. — Heinrich Marschall, Humboldtstraße 53 II.

In **Jüllichau 1.** der Bruder Paul Hummel, geb. in Glauchau 1892, ausgl. in Döbeln 1910; 2. der Seher August Plepp, geb. in Strasburg (Ufermarkt) 1892, ausgl. daf. 1911; waren noch nicht Mitglieder. — Otto Müller in Frankfurt a. D., Oberstraße 5 II.

Arbeitslosenunterstützung.

Hlensburg. Die Herren Kesselfasserwalter werden gebeten, dem Seher Paul Sud (Anfang Juni d. J. in Hamburg in Kondition) 2,10 Mk. von der Unterstützung abzugiehen und an den Kollegen Rob. Meyer, Sandberg 29, zu senden.

Dem auf der Reise befindlichen Seher Karl Bohnstedt aus Helmstedt (Hauptbuchnummer 53266) sind 4,50 Mk. versehenlich gezahlte Ortsunterstützung abzugiehen und ebenfalls an Rob. Meyer zu übermitteln. Die Unterstützungsstage W. S. reduzieren sich dadurch um zwei.

Versammlungskalender.

Scherlehren. Maschinenmeisterversammlung Sonnabend, den 22. Juli, abends 8 1/2 Uhr, im Vereinslokal.

Sonn. Allgemeine Maschinenmeisterversammlung Sonntag, den 23. Juli, vormittags 10 1/2 Uhr, im „Volts-haus“ (Sandtau).

Bremen. Bezirksversammlung heute Donnerstag, den 20. Juli, abends 8 1/2 Uhr, im „Gewerkschaftshaus“.

Chemnitz. Bezirksversammlung Sonnabend, den 22. Juli, abends pünktlich 8 1/2 Uhr, im Vereinslokal „Thalia“, Sonnenstraße 42.

Dessau. Bezirksversammlung Freitag, den 21. Juli, abends 8 1/2 Uhr, im „Lied“.

Maschinenseherbezirksversammlung (Gau für den Saale) Sonntag, den 23. Juni, vormittags 11 Uhr, in Wörlitz, Hotel „Hofentrang“.

Dortmund. Bezirksversammlung Sonntag, den 13. August, in Dortmund. Anträge bis 3. August an den Vorsitzenden.

Düsseldorf. Maschinenseherversammlung Sonntag, den 23. Juli, vormittags 10 1/2 Uhr, im „Volts-haus“ (Zimmer 1).

— Vorstandsitzung Samstag, den 22. Juli, abends 9 Uhr, im Vereinslokal.

Jänsburg. Bezirksversammlung Sonntag, den 27. August, nachmittags 3 Uhr, in Mülheim (Ruhr), Restaurant „Zur Bonnar“, Döhne 33. Anträge bis 13. August an den Vorsitzenden.

Greifswald. Bezirksversammlung Sonnabend, den 22. Juli, abends 8 1/2 Uhr, im Vereinslokal „Zum Kronprinz“, Lange Straße 76.

Halle a. S. Maschinenseherversammlung Sonntag, den 23. Juli, vormittags 11 Uhr, in Schleditz, Restaurant „Bürgergarten“.

Hamburg-Altona. Vorstandsitzung Montag, den 21. Juli, abends 9 Uhr, im Vereinslokal „Beinbinderhof 51“.

Kaiserlautern. Bezirksversammlung Sonntag, den 22. Juli, abends 9 Uhr, in der „Brauerei Ort“.

Krefeld. Bezirksversammlung Sonntag, den 13. August, in Gerdern. Anträge bis 30. Juli an den Vorsitzenden.

Leipzig. Maschinenseherversammlung mit den Halle'schen Kollegen Sonntag, den 23. Juli, vormittags 11 Uhr, in Schleditz.

Lübeck. Generalversammlung Sonnabend, den 22. Juli, abends 8 1/2 Uhr, im Vereinslokal „Zum Bienenkorb“.

Mainz. Bezirksversammlung Sonntag, den 23. Juli, vormittags 10 1/2 Uhr, im „Brauhaus zum Untenberg“.

Münster i. B. Bezirksversammlung Sonnabend, den 22. Juli, abends 8 1/2 Uhr, im Vereinslokal „Schillerpark“.

Weimar. Bezirksversammlung mit den Apoldaer Kollegen Freitag, den 21. Juli, abends pünktlich 8 1/2 Uhr, im „Volts-haus“.

Wiesbaden. Bezirksversammlung Samstag, den 22. Juli, abends 8 1/2 Uhr, im „Gewerkschaftshaus“.

Ein Heilschaz ersten Ranges

ift der Ramscheider Stahlbrunnen! So beschließt Geh. Medizinalrat Prof. Dr. Siebreich eine längere Abhandlung über diesen eigenartigen Kurbrunnen, „der vermöge seiner glücklichen Zusammensetzung eine Reihe von Wirkungen entfaltet, die ihn zur Anwendung bei ganzen Gruppen von Erkrankungen geeignet machen.“

Dankesworte nach erfolgreichen Kuren: „Ich litt seit drei Jahren an Blutarmut, Bleichsucht, großer Nervenschwäche, Verdauungs- und Magen-schwäche, Rücken-schmerzen und Sodbrennen; meine Kräfte gingen so zu Ende, daß ich meine Arbeit nicht mehr verrichten konnte. Durch den Gebrauch von 30 Flaschen Ramscheider Stahlbrunnen bin ich Gott sei Dank wieder so weit hergestellt, daß ich alle Arbeiten verrichten kann.“ — „Wir können es mit Recht sagen, daß wir durch dieses köstliche Wasser unsere Gesundheit wieder erlangt haben.“ — „Ich gestehe offen, daß ich seit dieser Zeit erst weiß, wie es einem gesunden Menschen zu Mutte ist. Meine fürchterlichen Kopfschmerzen sind seitdem gänzlich verschwunden. Ich wage anfangs gar nicht, dem Wasser diese Kraft zuzuschreiben, sondern glaube fast mehr an Einbildung. Aber heute kann ich mit Bestimmtheit sagen, daß ich nur diesem Wasser mein Wohlbefinden verdanke.“ — Solche Worte der Anerkennung nach erfolgreichen Kuren sind der beste Beweis für die trefflichen Eigenschaften dieser Heilquelle. Trinkkuren im Hause warm empfohlen. Keine Verpfehlung. Ausführliche Mitteilungen über Kurerfolge, Anwendungsgebiet und Bezug des Brunnens kostenlos durch: Ramscheider Stahlbrunnen in Düsseldorf NW 99.

Lüchtiger, zuverlässiger Maschinenmeister

schär im Maschinenbau jeder Art sowie Rotation und Stereotypie, sucht Stellung, am liebsten als erster in mittlerer Drucker. Beste Angebote unter Nr. 408 an die Geschäftsstelle d. Bl. erb.

Zwei polnische Seher

darunter einer, welcher eben zum Vater mit der Zeit aufrücken könnte, und welcher sich be-schäftigt, die Meisterprüfung abzulegen, sofort gesucht. Meldungen nebst Zeugnis- abschriften erbeten an die Geschäftsstelle d. Bl. unter Nr. 400. Die Drucker ist tariflos und beschäftigt 8-10 Personen.

Lüchtiger Stempelfeher

wer sofort gesucht. Offerten mit Gehaltsan- geboten an Döber & Stein, Stempelfabrik Frankfurt a. M.

Lüchtige Monotypseher

sind in Beschäftigung. Beste Offerten erbeten an Imberg & Keffon, Neubabelsberg, 1401

Lüchtiger Rotationsmaschinenmeister

für 10seitige Zwillingrotationsmaschine (König & Bauer) in dauernde angenehme Stellung ge- sucht von Verlagsdruckerei in mittlerer Stadt (Gauze Berlin). Eintritt 31. Juli. Offerten mit Angabe der Gehaltsansprüche befördert die Geschäftsstelle d. Bl. unter Nr. 408.

Lüchtiger russischer Seher

(geborener Russe, auch der deutschen Sprache vollständig mächtig), tüchtig im Korrekturen- feien, wünscht sich zu verändern. Beste Off. unter Nr. 400 an die Geschäftsstelle d. Bl. erb.

Konrad Eichlers Reisehandbuch für die organisierten Buchdrucker.

Preis 1,50 Mk. Im Buchhandel 2 Mk. Von den Vereinsfunktionären oder direkt von Verlage zu beziehen. Bei Einzelbezug bitten der Portocostparnis wegen mittels Post- anweisung zu beschicken. Leipzig, Salamontstraße 8. Habelt & Gille, Verlag.

Technikum für Buchdrucker

Leipzig-R. 280, Bildungsstätte für Söhne von Buchdruckerelbesitzern und Buchdruckern, welche sich für leitende Stellungen vorbereiten wollen. — Vorbereitungskurse für die Meisterprüfung. Man verlange Prospekte.

Eine Menge neue Ideen finden Sie im Vorlagenwerke „Lokale Reklamekunst“. Über 200 moderne Vorlagen — 50 orig. Vignetten. 9,25 Mk. bei Voreinsendung. F. W. Kramer, Essen-R. 6, Donau 29.

Dresden Buchdruck- Masch.-Verein. Dresden

Sonntag, den 23. Juli: **Hauptpartie** durch den Tharandter Wald nach Klein-Dorfham. Dasselbst findet ein gemüthliches Tanzbuden statt. Abmarsch 8 Uhr 15 Min. vom Gasthofe Hainsberg. Um pünktliches Erscheinen und roge Betheiligung ersucht Der Vorstand. [402]

*** Typographia Berlin. ***

Morgen (Freitag), abends 8 1/2 Uhr, in der Brauerel „Friedrichshain“: **Generalprobe zum Sängerrfeste.**

Bundeskarten sowie Billets zum Sängerrfeste werden dort ausgegeben. — Die Sänger werden gebeten, pünktlich und vollzählig am Platze zu sein. **Der Vorstand.**

Sonntag, den 30. Juli, vormittags 11 Uhr, im „Volts-haus“ zu Leipzig, Seiger Straße:

Öffentliche Buchdruckerversammlung des Tarifkreises VII.

Tagesordnung: 1. Stellungnahme zu den Spezialanträgen auf Abänderung des Tarifs; 2. Diskussion.

Einem zahlreichen Besuche dieser Versammlung steht entgegen **Adolf Vogenitz, Gehülfskreisvertreter des Tarifkreises VII.**

Wollen Sie die Meisterprüfung

ablegen bzw. sich auf dieselbe vorbereiten, so empfehle ich Ihnen das vor kurzem erschene, mit großem Beifall aufgenommen **Handbuch zur Vorbereitung auf die Meisterprüfung für das deutsche Buchdruckgewerbe** von J. O. Wagner. Preis geb. 6 Mk. Porto 20 Pf. besonders. Das etwa 20 Bogen umfassende Werk ist bestimmt das vollkommenste Hilfsbuch für jeden die Meisterprüfung ablegenden Buchdrucker. In demselben ist der gesamte Prüfungsengang in Frage- und Antwortform eingehend behandelt, so daß das Studium dieses Werkes recht interessant und nutzbringend für jeden Buchdrucker ist. Bestellungen umgehend erbeten an den **Verlag Julius Neiser, Leipzig-R. 1395**



Nach kurzem, schwerem Leiden verstarb am 14. Juli unser lieber Kollege, der Schriftsetzer **Heinrich van Haaren** im Alter von 19 Jahren. Wir werden seiner in Ehren ge- denken. [405] Krefeld, den 14. Juli 1911. Das Personal der Firma B. Mahlor & Co.

Unerwartet verschied nach nur kurzem, schwerem Leiden am 14. Juli unser wert- es Mitglied, der Schriftsetzer **Heinrich van Haaren** im Alter von 19 Jahren. Ehrrende Erinnerung wird ihm stets be- wahren [404] Die Krefelder „Typographia“ (V. d. D. B.).

Am 13. Juli verschied nach kurzem, aber schwerem Leiden unser lieber Kollege, der Setzer **Matthäus Straub** aus Wolfach, im Alter von 51 Jahren. Ein ehrendes Andenken wird ihm be- wahren [399] Der Ortsverein Kirchhain u. Teck, Würtomb. (V. d. D. B.).